

Bürgerhaushalt

Stadtratsaufträge aus dem Beschluss 08-14/ V 13649 der Vollversammlung vom 18.12.2013

Bürgerhaushalt für München

Antrag Nr. 08-14 / A 00328 der ÖDP vom 16.10.2008

Mehr Münchner wieder für die Kommunalpolitik interessieren!

Kommunalpolitik wieder attraktiver machen!

Punkt 4b) Einführung einer moderaten Form des Bürgerhaushalts

Antrag Nr. 08-14 / A 00270 der Stadtratsfraktion DIE GRÜNEN/RL vom 10.09.2008

Kriterien für den Münchner Bürgerhaushalt

Antrag Nr. 08-14 / A 05170 der Stadtratsfraktion DIE GRÜNEN/RL vom 25.02.2014

Bürgerschaft und Expertenrat bei der Entwicklung des Münchner Bürgerhaushalts einbeziehen

Antrag Nr. 08-14 / A 05172 der Stadtratsfraktion DIE GRÜNEN/RL vom 25.02.2014

Quartiersbudgets in Stadtbezirken (oder Stadtbezirksteilen) als Pilotprojekt für den Münchner Bürgerhaushalt

Antrag Nr. 08-14 / A 05173 der Stadtratsfraktion DIE GRÜNEN/RL vom 25.02.2014

Sitzungsvorlage Nr. 14-20/ V 02563

Beschluss der Vollversammlung vom 25.03.2015

Öffentliche Sitzung

I. Vortrag des Referenten

Wie in der Sitzung des Finanzausschusses vom 24.03.2015.

Der Ausschuss hat die Annahme des Antrages empfohlen.

II. Beschluss

nach Antrag.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Der/Die Vorsitzende

Der Referent

Ober-/Bürgermeister/in

Dr. Ernst Wolowicz
Stadtkämmerer

- III. Abdruck von I. mit II.
über den Stenografischen Sitzungsdienst
an das Direktorium - Dokumentationsstelle
an das Revisionsamt
an die Stadtkämmerei - HAI/2
z.K.

IV. WV Stadtkämmerei

- I. Die Übereinstimmung vorstehenden Abdrucks mit der beglaubigten Zweitschrift wird bestätigt.

II.

z. K.

Am

Im Auftrag

Bürgerhaushalt

Stadtratsaufträge aus dem Beschluss 08-14/ V 13649 der Vollversammlung vom 18.12.2013

Bürgerhaushalt für München

Antrag Nr. 08-14 / A 00328 der ÖDP vom 16.10.2008

Mehr Münchner wieder für die Kommunalpolitik interessieren!

Kommunalpolitik wieder attraktiver machen!

Punkt 4b) Einführung einer moderaten Form des Bürgerhaushalts

Antrag Nr. 08-14 / A 00270 der Stadtratsfraktion DIE GRÜNEN/RL vom 10.09.2008

Kriterien für den Münchner Bürgerhaushalt

Antrag Nr. 08-14 / A 05170 der Stadtratsfraktion DIE GRÜNEN/RL vom 25.02.2014

Bürgerschaft und Expertenrat bei der Entwicklung des Münchner Bürgerhaushalts einbeziehen

Antrag Nr. 08-14 / A 05172 der Stadtratsfraktion DIE GRÜNEN/RL vom 25.02.2014

Quartiersbudgets in Stadtbezirken (oder Stadtbezirksteilen) als Pilotprojekt für den Münchner Bürgerhaushalt

Antrag Nr. 08-14 / A 05173 der Stadtratsfraktion DIE GRÜNEN/RL vom 25.02.2014

Sitzungsvorlage Nr. 14-20/ V 02563

Beschluss des Finanzausschusses vom 24.03.2015 (VB)

Öffentliche Sitzung

Kurzübersicht

zum beiliegenden Beschluss

| | |
|--------|--|
| Anlass | Antrag Nr. 08-14 / A 00328 der ÖDP vom 16.10.2008 Antrag Nr. 08-14 / A 00270 der Stadtratsfraktion DIE GRÜNEN/RL vom 10.09.2008 Auftrag der Vollversammlung des Stadtrates 18.12.2013 Anträge 08-14 / A 05170, 08-14 / A 05172 und 08-14 / A 05173 der Stadtratsfraktion DIE GRÜNEN/RL vom 25.02.2014 |
|--------|--|

| | |
|--------------------------------------|---|
| Inhalt | Darstellung von drei Varianten zur Umsetzung des Bürgerhaushaltes sowie von Vorschlägen für eine sparsame und flexibel entwicklungsfähige Umsetzung des Bürgerhaushaltes. Bericht über die durchgeführte Diskussion mit Vertretern/-innen der Bezirksausschüsse zum Thema stadtbezirksbezogener Bürgerhaushalt. |
| Entscheidungsvorschlag | <ol style="list-style-type: none"> 1. Der Stadtrat spricht sich grundsätzlich für die Einführung eines stadtbezirksbezogenen Bürgerhaushaltes aus. 2. Die Stadtkämmerei wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem für die Bezirksausschüsse zuständigen Direktorium einen konkreten Umsetzungsplan zu erarbeiten, welcher die notwendigen Prozesse, Medien und Ressourcen darstellt. Dabei sind die Bezirksausschüsse einzubeziehen. 3. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, dem Stadtrat bis Ende des Jahres 2015 einen Umsetzungsbeschluss zur Entscheidung vorzulegen. 4. Die Anträge der Stadtratsfraktion DIE GRÜNEN/RL vom 25.02.2014: 08-14 / A 05170 „Kriterien für den Münchner Bürgerhaushalt“, 08-14 / A 05172 „Bürgerschaft und Expertenrat bei der Entwicklung des Münchner Bürgerhaushalts einbeziehen“ sowie 08-14 / A 05173 „Quartiersbudgets in Stadtbezirken (oder Stadtbezirksteilen) als Pilotprojekt für den Münchner Bürgerhaushalt“ sowie die Anträge 08-14 / A 00328 „Bürgerhaushalt für München“ der ÖDP vom 16.10.2008 und der Antragspunkt 4b) Einführung einer moderaten Form des Bürgerhaushalts des Antrags Nr. 08-14 / A 00270 „Mehr Münchner wieder für die Kommunalpolitik interessieren! Kommunalpolitik wieder attraktiver machen!“ der Stadtratsfraktion DIE GRÜNEN/RL vom 10.09.2008 bleiben aufgegriffen. 5. Der Beschluss unterliegt der Beschlussvollzugskontrolle. |
| Gesucht werden kann im RIS auch nach | Bürgerhaushalt, Bürgerbeteiligung |

Bürgerhaushalt

Stadtratsaufträge aus dem Beschluss 08-14/ V 13649 der Vollversammlung vom 18.12.2013

Bürgerhaushalt für München

Antrag Nr. 08-14 / A 00328 der ÖDP vom 16.10.2008

Mehr Münchner wieder für die Kommunalpolitik interessieren!

Kommunalpolitik wieder attraktiver machen!

Punkt 4b) Einführung einer moderaten Form des Bürgerhaushalts

Antrag Nr. 08-14 / A 00270 der Stadtratsfraktion DIE GRÜNEN/RL vom 10.09.2008

Kriterien für den Münchner Bürgerhaushalt

Antrag Nr. 08-14 / A 05170 der Stadtratsfraktion DIE GRÜNEN/RL vom 25.02.2014

Bürgerschaft und Expertenrat bei der Entwicklung des Münchner Bürgerhaushalts einbeziehen

Antrag Nr. 08-14 / A 05172 der Stadtratsfraktion DIE GRÜNEN/RL vom 25.02.2014

Quartiersbudgets in Stadtbezirken (oder Stadtbezirksteilen) als Pilotprojekt für den Münchner Bürgerhaushalt

Antrag Nr. 08-14 / A 05173 der Stadtratsfraktion DIE GRÜNEN/RL vom 25.02.2014

Anlagen

Sitzungsvorlage Nr. 14-20/ V 02563

Beschluss des Finanzausschusses vom 24.03.2015 (VB)

Öffentliche Sitzung

| Inhaltsverzeichnis | Seite |
|--|--------------|
| I. Vortrag des Referenten | 3 |
| 1. Bisherige Entwicklungen, erfüllte Aufträge und weitere Anträge | 3 |
| 2. Varianten zur Umsetzung des Bürgerhaushaltes | 5 |
| 2.1 Stadtbezirksbezogene Variante (1) | 5 |
| 2.2 Stadtweite Variante (2) | 7 |
| 2.3 Kombination aus stadtbezirksbezogener und stadtweiter Variante (3) | 11 |
| 3. Vorschläge für eine sparsame und flexibel entwicklungsfähige Umsetzung | 13 |
| 3.1 Umfang der ersten Einführungsphase (Pilot – schrittweise – alle Stadtbezirke gleichzeitig) | 13 |
| 3.2 Bürgerhaushaltsbudget (kein zusätzliches Budget – zusätzliches Budget) | 14 |
| 3.3 Beteiligungsmedien | 15 |
| 3.4 Zielgruppe | 17 |
| 3.5 Themenfestlegung (fokussiert – ohne Beschränkungen) | 17 |
| 3.6 Serviceleistungen der Verwaltung | 18 |
| 4. Ergebnisse der Diskussion mit den Bezirksausschüssen | 21 |
| 5. Entscheidungsvorschlag zum weiteren Vorgehen | 22 |
| 6. Status der Abarbeitung der Stadtratsanträge | 23 |
| II. Antrag des Referenten | 25 |
| III. Beschluss | 26 |

I. Vortrag des Referenten

1. Bisherige Entwicklungen, erfüllte Aufträge und weitere Anträge

Die Einführung eines Bürgerhaushaltes für die Landeshauptstadt München war bereits Gegenstand von zwei Stadtratsbeschlüssen in den Jahren 2012 und 2013.

Im Jahr 2013 wurde ein Hearing mit Experten anderer Städte, in denen bereits ein Bürgerhaushalt eingeführt ist, für den damaligen Stadtrat veranstaltet (Auftrag aus Beschluss Nr. 08-14/ V 10302 vom 28.11.2012).

Aufbauend auf den Erkenntnissen aus diesem Hearing, beschloss der Stadtrat am 18.12.2013 mit Beschluss Nr. 08-14/ V 13649 weitere Aufträge an die Stadtkämmerei. Über die Erfüllung dieser Aufträge und deren Ergebnisse berichtet die Kämmerei in dieser Beschlussvorlage:

- Vertiefte Prüfung einer stadtweiten und einer stadtbezirksbezogenen Umsetzungsvariante des Bürgerhaushaltes sowie zusätzlich einer Kombinationsvariante aus beiden.
 - Diese drei Varianten zur Umsetzung des Bürgerhaushaltes sind in Kapitel 2 ausgearbeitet.
- Diskussion der beiden stadtbezirksbezogenen Varianten mit Vertretern der im März 2014 neu gewählten Bezirksausschüsse. Dies ist in Zusammenarbeit mit dem für die Angelegenheiten der Bezirksausschüsse zuständigen Direktorium durchzuführen.
 - Die Ergebnisse der Diskussion mit den Bezirksausschüssen sind in Kapitel 4 aufbereitet.
- Darstellung von Modifikationen für eine sparsame und flexibel entwicklungsfähige Einführung des Bürgerhaushaltes mit deren finanziellen Auswirkungen.
 - Die Vorschläge für eine sparsame und flexibel entwicklungsfähige Umsetzung sind in Kapitel 3 entsprechend nach den einzelnen Stellhebeln differenziert dargestellt und jeweils mit einer Empfehlung der Stadtkämmerei versehen.
- Vorlage eines Beschlussantrages zur Entscheidung über das weitere Vorgehen zum Bürgerhaushalt.
 - Auf Basis der Ergebnisse der vorstehenden Diskussionen und Prüfungen gibt die Stadtkämmerei in Kapitel 5 eine Empfehlung zum weiteren Vorgehen ab.

Am 25.02.2014 wurden von der Stadtratsfraktion Bündnis 90 Die Grünen/ Rosa Liste zusätzlich drei weitere Anträge mit Bezug zum Bürgerhaushalt gestellt:

(1) Antrag „Kriterien für den Münchner Bürgerhaushalt“ (Antrag Nr. 08-14 / A 05170) der Stadtratsfraktion DIE GRÜNEN/RL vom 25.02.2014:

„Bei der Konzipierung des Münchner Bürgerhaushaltes sollen u.a. folgende Kriterien in die Überlegungen mit einbezogen werden:

Es sollte eine Kombination von Online-Verfahren, stadtteil- und zielgruppenbezogenen Veranstaltungen sowie einer repräsentativen Umfrage gewählt werden, um zu vermeiden dass sich nur bestimmte Gruppen, die etwa besonders Internet-affin sind, beteiligen.

Es sollte eine Kombination von bürgernahen wohnortnahen Beteiligungsformen (wie Quartiersbudgets) und einer stadtweiten Partizipation gewählt werden, damit sowohl ortsspezifische Anliegen wie solche, welche ganz München betreffen, thematisiert werden können – und auch gewährleistet ist, dass nicht nur die Interessen von Stadtteilen mit einem besonders hohen Anteil gebildeter und artikulationsfähiger Schichten sich durchsetzen.

Es sollte eine Begleitung dieses Prozesses geben durch geschulte Kräfte der Stadtverwaltung sowie etwa einer unabhängigen Agentur aus der Bürgerschaft sowie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren z.B. aus in Beteiligungsverfahren oft unterrepräsentierten Stadtteilen und Bevölkerungsgruppen - mit dem Ziel, eine hohe Beteiligung quer durch die Stadt und ihre vielfältige Bevölkerung zu erreichen.

Es sollten (mit dem gleichen Ziel einer umfassenden, nicht diskriminierenden Beteiligung) aufsuchende Veranstaltungsverfahren etwa für Migrantinnen und Migranten, Jugendliche sowie Seniorinnen und Senioren entwickelt werden, wobei auch bestehende Vernetzungen und Veranstaltungsformate (wie z.B. Bürgerversammlungen) genutzt werden können.

Es sollte ein Verfahren gewählt werden, dass direkte Bürgerbeteiligungsverfahren (nicht wie im Ingolstädter Modell nur erweiterte Bezirksausschussetats) mit hoher Transparenz im Vorfeld und klarer Rechenschaftslegung über den Umgang mit den Vorschlägen im Nachgang verbindet.

(2) Antrag „Bürgerschaft und Expertenrat bei der Entwicklung des Münchner Bürgerhaushalts einbeziehen“ (Antrag Nr. 08-14 / A 05172) der Stadtratsfraktion DIE GRÜNEN/RL vom 25.02.2014:

„Die Stadtverwaltung wird gebeten, Vorschläge zu machen und umzusetzen, wie bei der Entwicklung des Münchner Bürgerhaushalts Bürgerinnen und Bürger sowie der Rat von Expertinnen und Experten mit einbezogen werden kann (etwa in Form einer Tagung oder von Workshops bzw. einer dauerhaften Begleitgruppe).“

(3) Antrag „Quartiersbudgets in Stadtbezirken (oder Stadtbezirksteilen) als Pilotprojekt für den Münchner Bürgerhaushalt“ (Antrag Nr. 08-14 / A 05173) der Stadtratsfraktion DIE GRÜNEN/RL vom 25.02.2014:

„Die Stadtverwaltung wird gebeten, die Einführung von Quartiersbudgets in einigen Stadtbezirken (oder Stadtbezirksteilen) mit besonderen sozialen Herausforderungen zu prüfen. Über die Verwendung der in diesem Rahmen zur Verfügung gestellten Mittel sollen die Bürgerinnen und Bürger vor Ort selber entscheiden. Die Erfahrungen mit solchen Quartiersbudgets fließen dann in das Konzept eines Münchner Bürgerhaushalts ein, zu dem laut Beschluss der Vollversammlung des Stadtrats vom 18.12.2013 ein Konzept entwickelt werden soll.“

2. Varianten zur Umsetzung des Bürgerhaushaltes

Die Landeshauptstadt München hat räumlich gesehen zwei politische Steuerungsebenen, auf die in einem Bürgerhaushalt Bezug genommen werden kann:

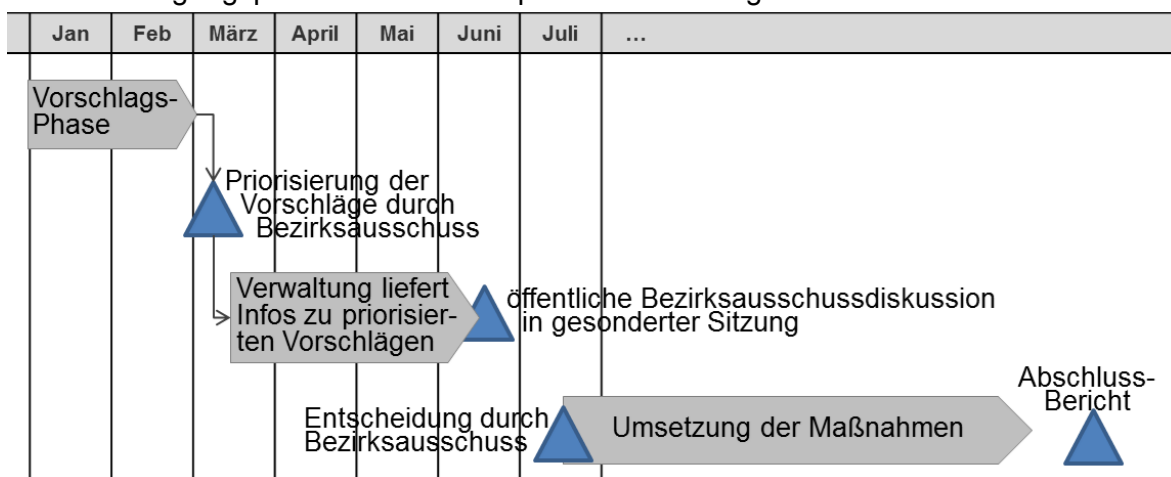
- stadtweite bzw. stadtbezirksübergreifende Ebene
- stadtbezirksbezogene Ebene

Die im folgenden beschriebenen Varianten zur Umsetzung des Bürgerhaushaltes basieren auf diesem räumlichen Bezug. Sie stellen die drei Basisvarianten dar und beziehen sich entweder auf die Stadtbezirksebene, die stadtweite Ebene oder eine Kombination aus beidem.

2.1 Stadtbezirksbezogene Variante (1)

Die stadtbezirksbezogene Variante ermöglicht den Bürgerinnen und Bürgern die Beteiligung an finanziellen Entscheidungen auf Stadtbezirksebene. Sie können Vorschläge für Entscheidungen in ihrem Stadtbezirk machen und diese im Rahmen einer gesonderten, öffentlichen Bezirksausschusssitzung diskutieren. Durch den Rückgriff auf das existierende Gremium Bezirksausschuss und dessen Prozesse können Synergien genutzt werden. Zudem kann bei dieser Variante auf die Erstellung einer Online-Plattform verzichtet werden.

Der Beteiligungsprozess könnte beispielsweise wie folgt ablaufen:



| Prozessbeschreibung | Vor- & Nachteile stadtbezirksbezogene Variante |
|--|--|
| Gesamtprozess | |
| Räumlicher Bezug: Stadtbezirksebene Es können stadtbezirksspezifische Vorschläge abgegeben und diskutiert werden. | <ul style="list-style-type: none"> + Themen des Stadtbezirks können ortsnahe und entsprechend fokussiert diskutiert werden. + Eine Pilotierung zur Erprobung der Prozesse ist möglich, indem Pilot-Stadtbezirke ausgewählt werden. |

| Prozessbeschreibung | Vor- & Nachteile stadtbezirksbezogene Variante |
|---|---|
| | <ul style="list-style-type: none"> – Stadtweite, das heißt stadtbezirksübergreifende Themen, können ggf. nicht gesamtheitlich angegangen werden. |
| <p>Budget: Der Stadtbezirk erhält ein Bürgerhaushaltsbudget. Das Budget kann einmalig ins Folgejahr übertragen werden. Bei Investitionen ist sicherzustellen, dass die Folgekosten begrenzt bleiben, damit auch in Zukunft ausreichend Budget zur freien Gestaltung durch den Bürgerhaushalt verbleibt.</p> | <ul style="list-style-type: none"> + Der Bürgerhaushalt ist auf einen festen, zusätzlichen Budgetbetrag begrenzt. – Entscheidungen können sich mit ohnehin anstehenden Vorhaben überschneiden, wodurch es ggf. zu zusätzlichem Verwaltungsaufwand kommt. – Der Haushalt ist bislang nicht nach Stadtbezirken systematisiert. Das heißt, es gibt kein Stadtbezirksbudget. Daher kann hier nicht über ein existierendes, sondern nur über „neues“ Budget diskutiert werden. Dies bedeutet gleichzeitig, dass keine Diskussion über Einsparungen bzw. Umschichtungen möglich ist. |
| Vorschlagsphase | |
| <p>Medium: Email/ Brief Die Bürgerinnen und Bürger können ihre Vorschläge per Email oder per Brief einreichen. Die Vorschläge werden dann online und per Aushang im Stadtbezirk veröffentlicht.</p> | <ul style="list-style-type: none"> + Auch nicht-internetaffine Personen können leicht Vorschläge abgeben. + Vorschläge können tageszeitunabhängig abgegeben werden (wichtig z.B. für Berufstätige und Eltern). + Eine Online-Plattform ist verzichtbar. – Verwaltungsaufwand für die Aufnahme und Veröffentlichung der Vorschläge fällt an. |
| Vorschläge ablehnen/ zustimmen (⇒ Priorisierung hier durch den Bezirksausschuss) | |
| <p>Der Bezirksausschuss (BA) priorisiert die Vorschläge, um zu entscheiden, welche er weiter behandeln wird. Für diese Vorschläge werden ggf. zusätzliche Informationen von der Verwaltung angefragt. Der BA begründet online und per Aushang im Stadtbezirk, welche Vorschläge er nicht weiter verfolgt.</p> | <ul style="list-style-type: none"> + Das Verfahren ist einfach umsetzbar. + Eine Online-Plattform ist verzichtbar. + Zusätzliche Informationen der Verwaltung werden nicht für alle, sondern nur die selektierten Vorschläge benötigt. Dadurch bleibt der Verwaltungsaufwand begrenzt. – Die Bürgerinnen und Bürger können nur indirekt auf die Priorisierung und Auswahl der Vorschläge durch den Bezirksausschuss Einfluss nehmen. |
| Diskussionsphase | |
| <p>Medien: Die Bürgerinnen und Bürger können sich in einer gesonderten, öffentlichen Bezirksausschusssitzung</p> | <ul style="list-style-type: none"> + Meinungen und Argumente der Bürgerinnen und Bürger werden gehört, welches als zentraler Mehrwert eines Bürgerhaushaltes gilt.¹ + Das Gremium Bezirksausschuss existiert ohne- |

1 Definition siehe z.B. <http://www.buergerhaushalt.org/article/geschichte-und-definition-von-b%C3%BCrgerhaushalten>

| Prozessbeschreibung | Vor- & Nachteile stadtbezirksbezogene Variante |
|---|--|
| <p>zung über die selektierten Vorschläge informieren und diese mit den Bezirksausschüssen diskutieren bzw. diesem ihre Präferenzen und Bedenken mitteilen.</p> | <p>hin, so dass es zu Synergien kommt.</p> <ul style="list-style-type: none"> – Nur ein Teil der Bevölkerung hat die Möglichkeit, an Vor-Ort-Veranstaltungen teilzunehmen, da die Teilnahme für z.B. Behinderte, ältere, berufstätige oder kinderbetreuende Personen ggf. schwierig sein kann. – Es entsteht zusätzlicher Aufwand für gesonderte, öffentliche Bezirksausschusssitzungen. |
| <p>Entscheidung (⇒ Entscheidung hier durch den Bezirksausschuss)</p> | |
| <p>Der Bezirksausschuss entscheidet über die Vorschläge, die im Rahmen des Stadtbezirksbudgets umgesetzt werden können. Der Bezirksausschuss gibt dazu Begründungen für die jeweilige Entscheidung an.</p> | <ul style="list-style-type: none"> + Das Verfahren ist einfach umsetzbar. + Die Entscheidungen bleiben demokratisch, da sie möglichst unabhängig von Lobbygruppen und besonders betroffenen Personen getroffen werden. + Die Bürgerinnen und Bürger erhalten Rückmeldungen zu ihren Vorschlägen und Diskussionen, so dass sie sich gehört fühlen und die politischen Entscheidungen (für oder gegen Vorschläge) möglichst gut nachvollziehen können. – Die Bürgerinnen und Bürger können die letztendliche Entscheidung nur mittelbar beeinflussen, aber laut Gesetz ist die letztendliche Entscheidungskompetenz ohnehin den gewählten, politischen Vertretern vorbehalten. |

Der Bezirksausschuss wird sich im Rahmen des Bürgerhaushaltsprozesses intensiv mit den Vorschlägen und Diskussionen auseinandersetzen müssen, um zu entscheiden, welche Vorschläge in welchem Umfang umgesetzt werden sollen. Zudem erfordert das Grundprinzip eines Bürgerhaushaltes politische Begründungen für die getroffenen politischen Entscheidungen im Umgang mit den Vorschlägen und Diskussionen der Bürgerinnen und Bürger. Es ist insofern von einem **erhöhten Aufwand für die Bezirksausschüsse** auszugehen.

Die Kosten dieser stadtbezirksbezogenen Variante (1) werden erheblich durch die konkrete Ausgestaltung der Variante im Detail beeinflusst (s. Kapitel 3).

2.2 Stadtweite Variante (2)

Die stadtweite Variante ermöglicht den Bürgerinnen und Bürgern die Beteiligung an finanziellen Entscheidungen der gesamten Landeshauptstadt München. Sie können Vorschläge für Entscheidungen machen und diese zentral auf einer Onlineplattform diskutieren. Durch die Nutzung einer Onlineplattform ist die Beteiligung unabhängig von Tageszeit, Anwesenheit und räumlichen Begrenzungen in einzelnen Vor-Ort-Veranstaltungen

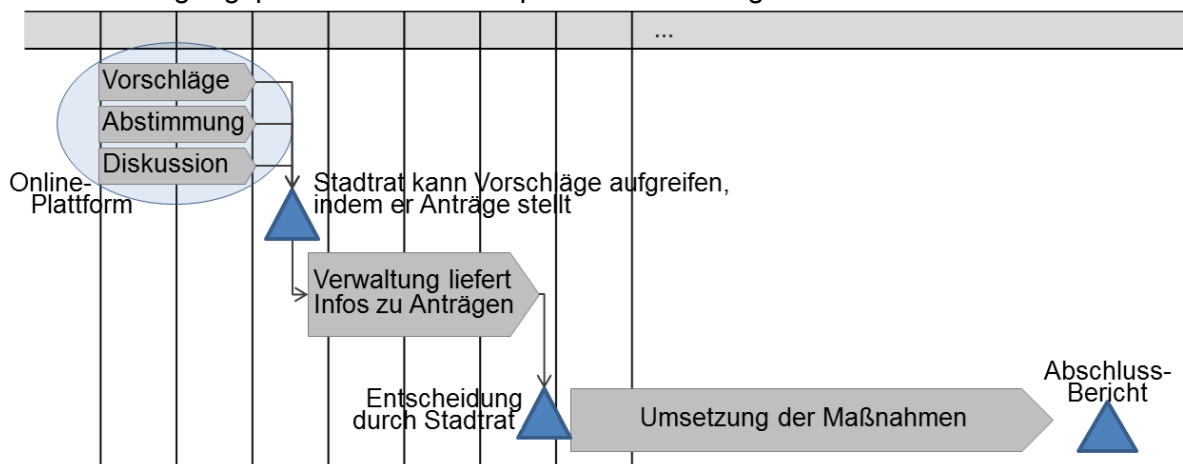
möglich, wodurch die Teilnahme insbesondere für z.B. zeitlich oder in ihrer Mobilität eingeschränkte Personen erleichtert wird. Für nicht internet-affine Bürgerinnen und Bürger ist die Abgabe von Vorschlägen auch per Brief möglich.

Stadtbezirksübergreifende Themen können ganzheitlich diskutiert werden. Themen, welche für alle Stadtbezirke relevant sind (z.B. die Schulpolitik) oder Einzelfragen, welche für die gesamte Stadtbevölkerung von Interesse sind (z.B. Verkehrsknotenpunkte oder ein Theater in der Innenstadt) können diskutiert werden.

Die stadtweite Variante entspricht zudem den existierenden, stadtweiten Haushaltsstrukturen, so dass eine zusätzliche Stadtbezirksdimension hier verzichtbar bleibt.

Es wird eine Online-Plattform benötigt, die voraussichtlich in ihren Basiskonfigurationen von anderen Städten, welche bereits eine derartige Bürgerhaushalts-Plattform verwenden, übernommen werden kann (siehe Kapitel 3.3 Beteiligungsmedien).

Der Beteiligungsprozess könnte beispielsweise wie folgt ablaufen:



| Prozessbeschreibung | Vor- & Nachteile Stadtweite Variante (2) |
|--|--|
| Gesamtprozess | |
| Räumlicher Bezug: Stadtweit Die Vorschläge können sich auf die gesamte Stadt beziehen (sowohl stadtbezirksspezifisch als auch stadtbezirksübergreifend). | <ul style="list-style-type: none"> + Die Bürgerinnen und Bürger haben bei ihren Vorschlägen keine räumlichen Einschränkungen. + Stadtweite Themen können ganzheitlich diskutiert werden. – Es kann ggf. eine sehr große Anzahl an Vorschlägen eingehen. – Stadtbezirksbezogene Themen bekommen gegenüber den stadtweiten Themen ggf. einen geringeren Fokus. |
| Budget: Da sowohl Vorschläge zu gewünschten Budgetausweitungen | <ul style="list-style-type: none"> + Der Bürgerhaushalt verursacht nicht per se Budgetausweitungen. + Umschichtungen werden diskutiert, da Budget- |

| Prozessbeschreibung | Vor- & Nachteile Stadtweite Variante (2) |
|--|---|
| <p>als auch zu Budgeteinsparungen gemacht werden können, ist nicht zwingend neues Budget² notwendig. Es ist allerdings zu befürchten, dass die gewünschten Mehrausgaben die vorgeschlagenen Einsparungen überwiegen.</p> | <p>ausweitungen nicht grundsätzlich vorgesehen sind.</p> <ul style="list-style-type: none"> + Die existierende Haushaltssystematik (Referats- und Produkt-Budgets) reicht aus. – Diskussionen bei Umschichtungen können ggf. schwieriger sein als Budgetausweitungen. |
| Vorschlagsphase | |
| <p>Medien: Internet/ Online Vorschläge können sowohl per Internet online</p> | <ul style="list-style-type: none"> + Vorschläge können zeitunabhängig abgegeben werden (wichtig z.B. für Berufstätige und Eltern). – Eine Online-Plattform ist erforderlich. |
| <p>Email/ Brief ... als auch per Email/ Brief abgegeben werden.</p> | <ul style="list-style-type: none"> + Auch nicht-internetaffine Personen können leicht Vorschläge abgeben. – Verwaltungsaufwand für die Aufnahme und Veröffentlichung der Vorschläge fällt an. |
| Vorschläge ablehnen/ zustimmen | |
| <p>Medien: Internet/ Online Die Bürgerinnen und Bürger können online bei allen Vorschlägen ihre Ablehnung bzw. Zustimmung ausdrücken.</p> | <ul style="list-style-type: none"> + Für die Bürgerinnen und Bürger besonders relevante Vorschläge sind durch eine hohe Abstimmintensität erkennbar. + Eine Tendenz der Ablehnung/Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger ist im Abstimmverhalten erkennbar. + Es handelt sich um ein sehr effizientes und transparentes Abstimmungsmedium. – Eine Online-Plattform ist erforderlich. Diese ist jedoch bereits ohnehin für die Online-Vorschlagsabgabe notwendig. – Lobbygruppen oder besonders betroffene Personen können durch Mobilisierung von Abstimmenden das Ergebnis beeinflussen oder sogar dominieren, so dass die Abstimmung nicht repräsentativ ist. |
| Diskussionsphase | |
| <p>Medien: Internet/ Online Die Bürgerinnen und Bürger können online alle Vorschläge diskutieren bzw. ihre Meinung dazu kundtun.</p> | <ul style="list-style-type: none"> + Der Stadtrat kann sich einen direkten Eindruck über die Positionen der Bürgerinnen und Bürger verschaffen. + Meinungen und Argumente der Bürgerinnen und Bürger werden gehört, welches als zentraler Mehrwert eines Bürgerhaushaltes gilt. |

2 Siehe auch Kapitel 3.2 Bürgerhaushaltsbudget (kein zusätzliches Budget – zusätzliches Budget)

| Prozessbeschreibung | Vor- & Nachteile Stadtweite Variante (2) |
|---|--|
| | <ul style="list-style-type: none"> + Es handelt sich um ein sehr effizientes und transparentes Medium. – Eine Online-Plattform ist erforderlich. Diese wird jedoch ohnehin für die Vorschlagsphase benötigt. – Für eine fundierte Diskussion bedarf es häufig zusätzlicher Informationen der Verwaltung zu den eingereichten Vorschlägen mit entsprechend hohem Aufwand. – Lobbygruppen oder besonders betroffene Personen können durch Mobilisierung die Diskussion beeinflussen oder sogar dominieren. |
| Entscheidung (⇒ Entscheidung hier durch den Stadtrat) | |
| <p>Der Stadtrat entscheidet darüber, welche Vorschläge er aufgreift, indem er einen Stadtratsantrag stellt und welche er durch Beschlüsse umsetzt.</p> <p>Der Stadtrat gibt dazu Begründungen für die jeweilige Entscheidung an.</p> | <ul style="list-style-type: none"> + Das Verfahren ist einfach umsetzbar. + Die Entscheidungen bleiben demokratisch, da sie möglichst unabhängig von Lobbygruppen und besonders betroffenen Personen getroffen werden. + Die Bürgerinnen und Bürger erhalten Rückmeldungen zu ihren Vorschlägen und Diskussionen, so dass sie sich gehört fühlen und die politischen Entscheidungen (für oder gegen Vorschläge) möglichst gut nachvollziehen können. – Die Bürgerinnen und Bürger können die letztendliche Entscheidung nur mittelbar beeinflussen, aber laut Gesetz ist die letztendliche Entscheidungskompetenz ohnehin den gewählten, politischen Vertretern vorbehalten. |

Der Stadtrat wird sich (wie bei der stadtbezirksbezogenen Variante der Bezirksausschuss) im Rahmen des Bürgerhaushaltsprozesses intensiv mit den Vorschlägen und Diskussionen auseinandersetzen müssen, um zu entscheiden, welche Vorschläge in welchem Umfang aufgegriffen und umgesetzt werden sollen. Des weiteren sind ggf. Einsparungen und Umschichtungen zu identifizieren, wenn der Bürgerhaushalt tatsächlich budgetneutral umgesetzt werden soll.

Insbesondere aber entsteht ein **beträchtlicher Verwaltungsaufwand**, wenn zu den Vorschlägen für die Diskussions- und Abstimmungsphase zusätzliche Informationen erforderlich sind, z. B. über die praktische Realisierbarkeit, juristische Hindernisse oder eine grobe Kostenschätzung.

Zudem erfordert das Grundprinzip eines Bürgerhaushaltes politische Begründungen für die getroffenen politischen Entscheidungen im Umgang mit den Vorschlägen und Diskussionen der Bürgerinnen und Bürger. Es ist insofern von einem **erhöhten Aufwand für den Stadtrat** auszugehen.

Die Kosten dieser stadtweiten Variante werden durch deren konkrete Ausgestaltung im Detail beeinflusst (s. Kapitel 3).

2.3 Kombination aus stadtbezirksbezogener und stadtweiter Variante (3)

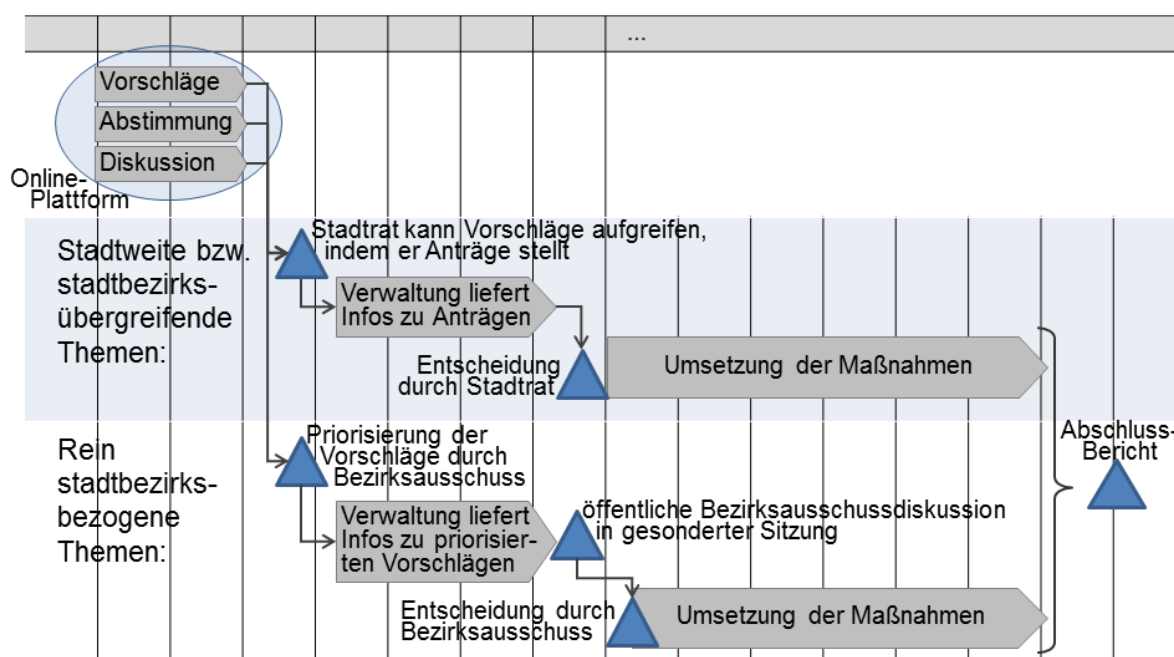
Die Kombination der stadtbezirksbezogenen mit der stadtweiten Variante verbindet deren Vor- und Nachteile. Dies geschieht zum Preis des ggf. doppelten Ressourcenaufwandes für die kombinierte Umsetzung beider Varianten.

Bis zum Abschluss der Online-Diskussionsphase werden die rein stadtbezirksbezogenen und die stadtbezirksübergreifenden bzw. stadtweiten Vorschläge **zunächst einheitlich** entsprechend der stadtweiten Variante (siehe Kapitel 2.2) behandelt.

Nach der Online-Diskussionsphase werden zwei Prozesse separiert:

- die stadtweiten Vorschläge mit stadtbezirksübergreifender bzw. stadtweiter Relevanz entsprechend der stadtweiten Variante (siehe Kapitel 2.2)
- die rein stadtbezirksbezogenen Vorschläge entsprechend der stadtbezirksbezogenen Variante (siehe Kapitel 2.1)

Der Beteiligungsprozess könnte beispielsweise wie folgt ablaufen:



| Prozessbeschreibung | Vor- & Nachteile der Kombinationsvariante (3) |
|--|---|
| Gesamtprozess | |
| Räumlicher Bezug: Es können sowohl stadtweite bzw. | + Alle Bürgerinnen und Bürger können Themen ihres/r relevanten Stadtbezirks/e einbringen. |

| Prozessbeschreibung | Vor- & Nachteile der Kombinationsvariante (3) |
|--|--|
| stadtbezirksübergreifende als auch rein stadtbezirksbezogene Vorschläge abgegeben werden. | + Themen im Interesse des Stadtbezirks können spezifisch dort behandelt werden. – Es kann ggf. eine sehr große Anzahl an Vorschlägen eingehen. – Der doppelte räumliche Bezug (stadtweit und stadtbezirksbezogen) bringt teilweise doppelte Prozesse mit sich. |
| Die ersten Prozessphasen - Vorschlagsphase - Vorschläge ablehnen/ zustimmen und - Diskussionsphase (online) entsprechen hier der stadtweiten Variante (siehe Kapitel 2.2) sowohl für die stadtbezirksbezogenen als auch für die stadtweiten bzw. stadtbezirksübergreifenden Vorschläge | |
| Nach der Online-Diskussionsphase werden 2 Prozesse separiert: | |
| 1) Stadtweite Vorschläge (und stadtbezirksbezogene mit stadtweiter Relevanz) | |
| Entscheidung (⇒ Entscheidung hier durch den Stadtrat) | |
| Siehe Kapitel 2.2 Stadtweite Variante (2) für die Entscheidungsphase. | Für Vor- und Nachteile siehe ebenfalls Stadtweite Variante (2) |
| 2) Rein stadtbezirksbezogene Vorschläge (ohne stadtweite Relevanz) | |
| Siehe Kapitel 2.1 Stadtbezirksbezogene Variante (1) für die folgenden Prozessphasen: - Vorschläge ablehnen/ zustimmen - Diskussionsphase - Entscheidung | Für Vor- und Nachteile siehe ebenfalls Stadtbezirksbezogene Variante (1) |

In großen Teilen kommt es zu parallelen Prozessen. Es ist also von einem **erhöhten Aufwand sowohl für den Stadtrat als auch für die Bezirksausschüsse** auszugehen, da sich in dieser Variante beide Gremien intensiv mit den Vorschlägen und Diskussionen der Bürgerinnen und Bürger auseinandersetzen müssen.

Die Dopplung der Prozesse wirkt sich entsprechend auch auf den übrigen Ressourcenaufwand aus. Zudem wird durch die parallele Einführung unerprobter, neuer Prozesse, welche in gegenseitiger Abhängigkeit stehen, eine erhebliche Komplexität verursacht, der kein Nutzen in annähernd großem Umfang gegenübersteht.

3. Vorschläge für eine sparsame und flexibel entwicklungsfähige Umsetzung

Die erhebliche Bedeutung der Vorschläge für eine sparsame und flexible Umsetzung des Bürgerhaushaltes für den notwendigen Ressourcenaufwand wurden bereits mehrfach angesprochen. Um deutlich zu machen, welche Stellhebel dem Stadtrat zur Verfügung stehen, werden diese im Folgenden einzeln betrachtet:

- (1) **Umfang der ersten Einführungsphase (Pilot – schrittweise – alle Stadtbezirke gleichzeitig)**
- (2) **Bürgerhaushaltsbudget (kein zusätzliches Budget – zusätzliches Budget)**
- (3) **Beteiligungsmedien**
- (4) **Zielgruppe**
- (5) **Themenfestlegung (fokussiert – ohne Beschränkungen)**
- (6) **Serviceleistungen der Verwaltung**

Eine möglichst sparsame, entwicklungsfähige Einführung des Bürgerhaushaltes ist wünschenswert. Je nach Auswahl des Umfangs bzw. der Ausprägung der genannten Stellhebel, ergeben sich finanzielle Auswirkungen auf die Kosten des Bürgerhaushaltes, welche im Folgenden dargestellt und mit Empfehlungen der Stadtkämmerei versehen werden.

3.1 Umfang der ersten Einführungsphase (Pilot – schrittweise – alle Stadtbezirke gleichzeitig)

Die Einführung eines Bürgerhaushaltes kann bei der stadtbezirksbezogenen Variante (1) in kleinem Umfang (z.B. mit 5 der 25 Stadtbezirke) gestartet werden, so dass eine Erprobung bzw. Pilotierung der Prozesse und Instrumente möglich ist.

Auf diese Weise können notwendige Erfahrungen in kleinem Rahmen gesammelt und evaluiert werden. Werden gute Erfolge in Bezug auf die beabsichtigten Ziele erreicht, so kann der dann erprobte Prozess auf alle Stadtbezirke ausgeweitet werden. Gleichzeitig besteht die Chance, mögliche Prozessdefizite zu erkennen und zu verbessern, damit die gesamte Anzahl der Bezirksausschüsse erst dann mit einem neuen Prozess betraut wird, wenn dieser bereits qualitativ ausgereift ist. Dieses schrittweise Vorgehen ist bei der stadtbezirksbezogenen Variante nach Stadtbezirken möglich.

In der Natur der Sache der stadtweiten Variante (2) liegt es, dass eine schrittweise Umsetzung in Bezug auf das Stadtgebiet hier nicht möglich ist. Alternativ kann jedoch ggf. auf andere Vorschläge zur sparsamen und flexiblen Umsetzung des Bürgerhaushaltes wie z.B. eine Themenbeschränkung (siehe 3.5) zurückgegriffen werden.

Kostenauswirkungen:

Die Kosten für die Durchführung der Beteiligungsprozesse im Rahmen der stadtbezirksbezogenen Variante (insbesondere Antragsbearbeitung, Informationen der Verwaltung zu den vom Bezirksausschuss ausgewählten Anträgen, Durchführung zusätzlicher Be-

zirksausschusssitzungen) erhöhen sich mindestens linear mit der Anzahl der teilnehmenden Stadtbezirke. Gleiches gilt für das aufgewendete Budget.

Vorschlag der Stadtkämmerei:

Auch wenn die Erprobung in selektierten Stadtbezirken aufgrund des zunächst geringeren Ressourcenaufwandes und des geringeren Risikos durchaus wirtschaftlich attraktiv erscheint, so geht die Stadtkämmerei davon aus, dass es bei dem großem Interesse der Bezirksausschüsse (s. Kapitel 4) schwierig sein wird, diesen das Angebot eines Bürgerhaushaltes teilweise vorzuenthalten.

Zudem könnte die öffentlichkeitswirksame Einführung des Bürgerhaushaltes dadurch konterkariert werden, dass bei 5 teilnehmenden Stadtbezirken von 25 zunächst 80% der Bürgerinnen und Bürger von der Beteiligung ausgeschlossen wären.

Die Stadtkämmerei spricht sich daher dafür aus, allen interessierten Bezirksausschüssen die Teilnahme zu ermöglichen.

3.2 Bürgerhaushaltsbudget (kein zusätzliches Budget – zusätzliches Budget)

Laut Forschungsprojekt Europäische Bürgerhaushalte gibt es fünf Kriterien, die den Bürgerhaushalt von anderen Beteiligungsverfahren unterscheiden. Das wichtigste Kriterium lautet „Im Zentrum des Verfahrens stehen finanzielle Aspekte, genauer gesagt die Diskussion um begrenzte Ressourcen.“³ Wie bereits 2013 in dem für den Stadtrat organisierten Hearing deutlich wurde, werden Bürgerhaushalte in Deutschland mit verschiedenem Budgetumfang umgesetzt:

- Einige Kommunen setzen den Bürgerhaushalt als **zusätzliches, separates Budget** um, welches mit den Bürgerinnen und Bürger für neu umzusetzende Vorschläge diskutiert wird.
- Andere stellen den **gesamten Haushalt**, bzw. dessen frei gestaltbaren Anteil zur Diskussion. Hierdurch können auch bisherige finanzielle Entscheidungen sowie gegebenenfalls Budgetumschichtungen oder -reduzierungen mit den Bürgerinnen und Bürger diskutiert werden.

Bei der stadtbezirksbezogenen Variante (1) ist ein zusätzliches Bürgerhaushaltsbudget fast unumgänglich, da der Haushalt bislang nicht nach Stadtbezirken systematisiert ist und insofern auch kein diskutierbares Stadtbezirksbudget vorhanden ist. Eine Diskussion über Einsparungen und Umschichtungen ist hier insofern nicht realistisch.

Im Gegensatz dazu kann bei der stadtweiten Variante (2) theoretisch über den gesamten Haushalt, welcher nach Referaten und Produkten strukturiert ist, diskutiert werden.

Dabei können sowohl Vorschläge für Budgetausweitungen, für Umschichtungen oder Einsparungen gemacht werden. Ein zusätzliches Budget ist daher bei dieser Variante

³ Weithin zitierte Definition des Forschungsprojektes „Europäische Bürgerhaushalte“ <http://www.buergerhaushalt-europa.de/>, Projektleitung: Professor Dr. Yves Sintomer, Centre Marc Bloch, Forschungsinstitut für Sozialwissenschaften, Berlin.

nicht per se nötig. Sollten aber vor allem kostenintensive Ausgabevorschläge bei nur geringen Einsparungen bzw. Umschichtungen favorisiert werden, hätte dies entsprechende Mehrausgaben zur Folge.

Kostenauswirkungen:

Wird bereits im Voraus ein Bürgerhaushaltsbudget zur Verfügung gestellt, so können Kosten in entsprechender Höhe entstehen. Ansonsten entstehen Kosten jeweils nur in dem Umfang, in dem den im Rahmen des Bürgerhaushaltes beschlossenen Budgetausweitungen keine Budgetreduzierungen gegenübergestellt werden. Werden in vollem Umfang Umschichtungen vorgenommen, um die Budgetausweitungen des Bürgerhaushaltes gegenzufinanzieren, so kann der Bürgerhaushalt in Bezug auf das Budget sogar kostenneutral gehalten werden.

Vorschlag der Stadtkämmerei:

Die Stadtkämmerei bevorzugt grundsätzlich kostenneutrale Lösungen. Die Erfahrungen aus anderen Städten haben jedoch gezeigt, dass auch wenn Einsparvorschläge gemacht werden können, die Kosten für Mehrausgabenwünsche der Bürgerinnen und Bürger deutlich überwiegen.

Die stadtbezirksbezogene Variante (1) erfordert, wie oben beschrieben, in jedem Fall zusätzliches Budget. Geht man z.B. davon aus, dass jeder Stadtbezirk zusätzlich zum bestehenden BA-Budget (10.200 Euro pro Stadtbezirk zzgl. 0,41 Euro je Einwohner) ein Bürgerhaushaltsbudget von 2 Euro je Einwohner erhält, so betragen die Budgetkosten abhängig von der Einwohnerzahl des jeweiligen Stadtbezirkes zwischen rund 40.000 Euro⁴ und 220.000 Euro⁵. Bei einer Umsetzung in allen Stadtbezirken entspricht dies einer Budgetausweitung für den Bürgerhaushalt von insgesamt rund 3 Mio. Euro, die mit ansteigender Bevölkerungszahl noch anwachsen würde.

Die Stadtkämmerei sieht diese Größenordnung für den Start eines stadtbezirksbezogenen Bürgerhaushaltes als angemessen an.

3.3 Beteiligungsmedien

Es gibt verschiedene Medien bzw. Arten von Veranstaltungen oder Instrumenten, die zur Beteiligung der Bürgerschaft genutzt werden können. Der Nutzen sowie die Kostenauswirkungen können dabei sehr unterschiedlich ausfallen.

- **Vor-Ort-Veranstaltungen**

Einige der Städte, in denen bereits ein Bürgerhaushalt existiert, haben Vor-Ort-Veranstaltungen durchgeführt. In diesen wurde die Bürgerschaft informiert, es konnten Vorschläge abgegeben werden und vor allem konnten Vorschläge öffentlich diskutiert werden. Im Laufe der Zeit zeigte sich jedoch, dass an diesen Veranstaltungen vor al-

4 = 2€ x 20.422 Einwohner im Stadtbezirk Altstadt/Lehel (Stand der Einwohnerzahl: 31.12.2013)

5 = 2€ x 108.244 Einwohner im Stadtbezirk Ramersdorf-Perlach (Stand der Einwohnerzahl: 31.12.2013)

lem Lobbygruppen teilnahmen, so dass eine repräsentative Meinungsbildung kaum umgesetzt werden konnte. Aufgrund des insofern niedrigeren Nutzens im Kontext des hohen Ressourcenaufwandes für diese Sonderveranstaltungen berichteten Städte wie z.B. Köln und Freiburg im Hearing, dieses Medium aufgrund der damit gemachten, negativen Erfahrungen nach einer Evaluierung wieder abgeschafft zu haben.

Kostenauswirkungen:

Insbesondere Sonderveranstaltungen, welche sowohl für stadtweite Zielgruppen als auch als z.B. Stadtteilkonferenzen durchgeführt werden, verursachen einen erheblichen Aufwand. Kann auf existierende Gremienstrukturen und Organisationsprozesse zurückgegriffen werden, so ist davon auszugehen, dass in diesem Kontext zumindest Synergien genutzt werden können. Dies wäre beispielsweise bei der Veranstaltung gesonderter, öffentlicher Bezirksausschusssitzungen der Fall.

- **Internet-Plattform:**

Insbesondere für die oben beschriebene, stadtweite Variante (2) ist eine Onlineplattform im Internet erforderlich. Hierdurch wird einer nahezu unbegrenzten Anzahl von Personen die tageszeitunabhängige Teilnahme am Bürgerhaushalt ermöglicht.

Kostenauswirkungen:

Eine Online-Plattform kann voraussichtlich in ihren Basiskonfigurierungen von anderen Städten, welche bereits eine derartige Bürgerhaushalts-Plattform verwenden (z.B. Köln oder Bonn), übernommen werden. Diese Möglichkeit besteht, da die Plattformen meist auf Open Source Lösungen (vorwiegend DRUPAL) basieren.

Design, Inhalte und individuelle Anforderungen müssten dann jedoch darauf aufbauend zusätzlich programmiert werden. Bei einer externen Vergabe ist dafür von Kosten zwischen ca. 20.000€ bis 100.000€ auszugehen.

- **Repräsentative Befragung**

Befragungen können in mehrstufigen Verfahren z.B. dazu eingesetzt werden, herauszufinden, in welchen Bereichen die Bürgerinnen und Bürger besonders große Handlungsbedarfe der Stadt sehen. Diese Art von Befragungen werden von der Landeshauptstadt München bereits durchgeführt⁶.

Repräsentative Umfragen können aber vor allem dazu genutzt werden, eine Abstimmung über konkrete, im Vorfeld erarbeitete Fragestellungen zu erhalten. Diese Befragungen kommen daher meist erst als nachgeschaltetes Medium in Betracht.

Kostenauswirkungen:

Die Kosten für eine repräsentative Umfrage hängen vor allem von der Art der Befragung (z.B. Fragebogenversand per Brief oder Befragung per Telefoninterview) ab. Die Kosten steigen dabei mit der Anzahl der zu befragenden Personen. Neben den Druck- oder Interviewkosten entstehen auch Kosten für die Auswertung der Befragung.

6 Verweis auf Umfrageergebnisse <http://www.muenchen.de/rathaus/Stadtfinfos/Presse-Service/Umfrageergebnisse.html>

Vorschlag der Stadtkämmerei:

Im Falle der Umsetzung der stadtbezirksbezogenen Variante (1) empfiehlt die Stadtkämmerei auf existierende Gremienstrukturen (ggf. mit Erweiterungen oder Anpassungen) zurückzugreifen, um ressourcensparende Synergien zu nutzen.

Im Falle der Umsetzung der stadtweiten Variante (2), empfiehlt die Stadtkämmerei den Einsatz einer Online-Plattform im Internet, da sich hierdurch eine möglichst große Anzahl von Personen unter möglichst flexiblen Rahmenbedingungen beteiligen kann.

Bei beiden Varianten empfiehlt die Stadtkämmerei, auf Vor-Ort-Veranstaltungen und zusätzliche repräsentative Befragungen zu verzichten.

3.4 Zielgruppe

Ein weiterer Stellhebel für eine sparsame Umsetzung des Bürgerhaushaltes ist eine Beschränkung der Zielgruppe für die jeweils eingesetzten Medien. Dies ist insbesondere relevant, wenn Medien eingesetzt werden, welche bei einer höheren Zahl von Beteiligten höhere Kosten verursachen (z.B. Anzahl von zu versendenden Fragebögen bei einer größeren Befragungsgruppe).

Kostenauswirkungen:

Verzichtet man – wie von der Stadtkämmerei vorgeschlagen – auf repräsentative Befragungen, ergeben sich durch die Wahl der Zielgruppe kaum relevante Kostenauswirkungen. Bei der stadtbezirksbezogenen Variante ist die Zielgruppe auf die Bewohner des jeweiligen Stadtviertels beschränkt.

Für das Onlineverfahren sind vor allem Fixkosten für die Plattformprogrammierung relevant. Eine größere Anzahl von Nutzern steigert die Kosten dabei nur, wenn es dadurch zu einer erheblich höheren Anzahl von Vorschlägen kommt.

Vorschlag der Stadtkämmerei:

Die Stadtkämmerei schlägt deshalb vor, grundsätzlich keine Beschränkung der Zielgruppen vorzunehmen. Bei der stadtbezirksbezogenen Variante sind jeweils die Einwohner eines Stadtviertels vorschlagsberechtigt.

3.5 Themenfestlegung (fokussiert – ohne Beschränkungen)

Das Themenspektrum, welches im Rahmen eines Bürgerhaushaltes diskutiert werden kann, ist innerhalb der städtischen Zuständigkeiten nahezu unbegrenzt. Es kann also zu einem sehr großen, ggf. unüberschaubaren Volumen von Vorschlägen und Diskussionen

kommen. Dies gilt insbesondere bei einer Großstadt wie München mit fast 1,5 Mio. Einwohnern.

Andere Städte, welche bereits Erfahrungen mit ihrem Bürgerhaushalt gesammelt haben, beschränken den thematischen Umfang ihres Bürgerhaushaltes daher in vielfachen Varianten:

- Beschränkung auf **ein Thema pro Jahr** (z.B. Köln zum Thema „Bildung/Schule“)
- Beschränkung auf **ein Produkt pro Jahr** (z.B. Produkt „Jugendpflege“ in Mühlheim)
- Beschränkung auf **einzelne Fragestellung pro Jahr** (z.B. „Soll eine weitere Schwimmhalle gebaut werden?“ in Jena)

Diese thematischen Beschränkungen der Vorschläge und Diskussionen kann vom Stadtrat selbst oder z.B. durch eine Vorabbefragung der Bevölkerung für das jeweilige Haushaltsjahr bestimmt werden.

Kostenauswirkungen:

Durch die thematische Beschränkung kann das Volumen der Vorschläge und Diskussionen erwartungsgemäß erheblich reduziert werden. Es reduzieren sich dadurch vor allem die Kosten, die mit den Serviceleistungen der Verwaltung verbunden sind (siehe Kapitel 3.6). Statt eines großen Koordinationsaufwands bei einer Vielzahl betroffener Referate mit entsprechend vielen Schnittstellen kann die Informationsaufbereitung bei der thematischen Beschränkung auf beispielsweise ein Produkt erheblich reduziert werden.

Erheblich geringer wird durch die thematische Beschränkung aber auch der Arbeitsaufwand für den Stadtrat bzw. die Bezirksausschüsse, die sich ansonsten mit einem unbeschränkten Volumen an Themen und Vorschlägen auseinander setzen müssen.

Vorschlag der Stadtkämmerei:

Die Stadtkämmerei schlägt vor, im Falle der Umsetzung einer stadtweiten Variante (2) eine Themenbeschränkung vorzunehmen, um der Verwaltung und der Politik eine Fokussierung auf das oder die wichtigsten Themen zu ermöglichen. Bei der stadtbezirksbezogenen Variante ist eine Themenbeschränkung aus Sicht der Stadtkämmerei hingegen verzichtbar.

3.6 Serviceleistungen der Verwaltung

Einer der wichtigsten Einflussfaktoren für eine sparsame Umsetzung eines Bürgerhaushaltes ist die Inanspruchnahme von Serviceleistungen der Verwaltung. Im Folgenden wird daher das mögliche Spektrum der Serviceleistungen umrissen:

- **Gesamtorganisation und -betreuung**

Die Organisation und Betreuung der Bürgerhaushaltsprozesse insgesamt ist notwendig, um die Gesamtkoordination der betroffenen Gremien und Ansprechpartner in der Verwaltung sicherzustellen.

Bei der stadtbezirksbezogenen Variante (1) wäre je nach zusätzlichem Budgetvolu-

men und der Zahl der teilnehmenden Bezirksausschüsse zusätzlicher Koordinationsaufwand v.a. für die Vorschlagsbearbeitung und die Durchführung zusätzlicher BA-Sitzungen erforderlich.

Bei der stadtweiten Variante (2) ist aus den Erfahrungen anderer Städte davon auszugehen, dass je nach Umfang der Themen und der Beteiligungsintensität der Bevölkerung im Bürgerhaushalt mindestens 1-2 Vollzeitkräfte ganzjährig sowie mehrere unterstützende Koordinationskräfte während und direkt nach der Onlinephase erforderlich sind.

- **Öffentlichkeitsarbeit inkl. Publikationen zur Rechenschaftslegung**

Die Gestaltung der Öffentlichkeitsarbeit bzw. Werbung für den Bürgerhaushalt ist abhängig vom Umfang der gewünschten Aufmerksamkeit sowie von Umfang und Qualität der Werbematerialien und genutzten Medien. Möglich sind z. B. Haushaltsbroschüren, Infomaterial (Flyer etc.), Pressemitteilungen, Pressekonferenzen, Anzeigen in der lokalen Presse, Plakatwerbung oder Radiowerbung.

Zusätzlich entsteht ein Aufwand für die Publikation über die im Rahmen des Bürgerhaushaltes getroffenen Entscheidungen (Broschüren, online).

Kosten fallen vor allem für das Werbematerial, die Nutzung der Werbemedien sowie für das Personal an, welches die Erstellung und Verteilung der Informationen verantwortet. Andere Städte rechnen hier jährlich mit Kosten in Höhe von ca. 20.000€ bis 100.000€.

- **Organisation und Durchführung von Vor-Ort-Veranstaltungen**

Die Kosten für Vor-Ort-Veranstaltungen hängen vor allem von Anzahl und Größe der Veranstaltungen, aber auch von der Komplexität der Veranstaltungsinhalte ab.

Kosten fallen sowohl für die Raummiete als auch für das Personal, welches die Veranstaltungen organisiert und betreut, an. Hierbei ist davon auszugehen, dass es zu Synergien kommt, wenn bei der Organisation der Veranstaltung zumindest teilweise auf existierende Strukturen (z.B. die der Bezirksausschüsse) zurückgegriffen werden kann.

- **Moderation** wird benötigt, um die Einhaltung von Regeln (z.B. keine Beleidigungen in Diskussionen) und eine strukturierte Zuordnung von Vorschlägen sicherzustellen.

Dies ist insbesondere bei der Nutzung einer Internetplattform erforderlich. Die externe Vergabe der Moderation wird empfohlen, da ein unbeteiligter Dritter die Objektivität untermauert. Die Kosten für eine extern vergebene Moderation belaufen sich pro Monat Onlinephase auf ca. 10.000 - 20.000€.

- **Informationsaufbereitung**

Unter dem Stichwort Informationsaufbereitung können alle Tätigkeiten der Verwaltung verstanden werden, die dazu führen, dass Diskussionen und Entscheidungen auf einer möglichst guten Informationsgrundlage erfolgen können. Hierzu zählen z.B. Stellungnahmen, juristische Auskünfte, Berechnungen oder Darstellungen von Entwicklungen.

Die Kosten für diese Serviceleistungen der Verwaltung sind zum einen abhängig davon, für wieviele priorisierte Vorschläge der Bezirksausschüsse (stadtbezirksbezogene Variante (1)) oder Stadtratsanträge (stadtweite Variante (2)) die Verwaltung die Informationsaufbereitung erbringen soll. Bei der stadtweiten Variante sind diese Informationen ggf. zusätzlich auch während der Diskussionsphase, um eine fachlich fun-

dierte Diskussion zu ermöglichen.

Zum anderen ist die Komplexität der Vorschläge bzw. Themen relevant, denn je mehr Verwaltungseinheiten beispielsweise bei der Informationsaufbereitung zu koordinieren sind, je höher ist der Ressourcenaufwand.

Die Kosten hierfür sind nur sehr schwierig zu identifizieren oder bei anderen Städten abzufragen, da sich dieser Aufwand meist über viele beitragende Verwaltungseinheiten verteilt und keine separate Kostenerfassung stattfindet. Die Bandbreite der Schätzungen liegt hier zwischen **wenigen Tausend und mehreren Millionen Euro**.

Vorschlag der Stadtkämmerei:

Die Serviceleistungen der Verwaltung sollten lediglich in einem dem Nutzen angemessenen Umfang in Anspruch genommen werden.

Bei allen Varianten (siehe Kapitel 2) ist davon auszugehen, dass eine Gesamtorganisation und -betreuung der Bürgerhaushaltsprozesse sowie die Öffentlichkeitsarbeit inkl. Publikationen zur Rechenschaftslegung erforderlich ist. Die Öffentlichkeitsarbeit ist dabei in einem Maß erforderlich, welches den Großteil der Bevölkerung auf die Einführung des Bürgerhaushaltes aufmerksam macht und gleichzeitig die Möglichkeit gibt, sich umfassend über die Beteiligungsmöglichkeiten zu informieren. Andere Städte (z.B. Köln) haben dies mit einem Ressourcenaufwand von ca. 50.000€ erfolgreich umsetzen können.

Bei der stadtbezirksbezogenen Variante (1) ist zu erwarten, dass neben der Prozessbetreuung vor allem die Organisation und Durchführung von zusätzlichen Bezirksausschusssitzungen erforderlich sein wird. Hinzu kommen Informationsaufbereitungen in dem vom jeweiligen Bezirksausschuss gewünschten Umfang.

Bei der stadtweiten Variante (2) ist die externe Moderation der Onlineplattform sowie ebenfalls die Informationsaufbereitung zu Vorschlägen und Diskussionen der Bürger zu erbringen. Wichtig ist hier, vorab zu klären, in welchem Umfang der Stadtrat Informationsaufbereitungen wünscht, da sonst von Seiten der Bürgerschaft ggf. ein hoher Erwartungsdruck gegenüber der Verwaltung besteht, auf Vorschläge und Diskussionen zu reagieren.

4. Ergebnisse der Diskussion mit den Bezirksausschüssen

Am 02.03.2015 fand eine Diskussionsveranstaltung mit Vertretern der Bezirksausschüsse der Landeshauptstadt München statt, bei der 19 von 25 Bezirksausschüsse vertreten waren. Die Stadtkämmerei skizzierte dabei die stadtbezirksbezogene Variante (1). Im Anschluss daran konnten die Teilnehmenden Fragen stellen und ihre Meinung sowie Zustimmung oder Bedenken äußern.

Die Stadtkämmerei erhielt dabei den Eindruck, dass seitens der Bezirksausschüsse einheitlich eine grundsätzliche Aufgeschlossenheit gegenüber der stadtbezirksbezogenen Variante (1) zur Umsetzung des Bürgerhaushaltes besteht.

Es wurde deutlich, dass die Detailausgestaltung der stadtbezirksbezogenen Variante (1) für die Bezirksausschüsse von erheblicher Bedeutung sein wird. Sollte sich der Stadtrat grundsätzlich für die stadtbezirksbezogene Umsetzung des Bürgerhaushaltes entscheiden, möchten die Bezirksausschüsse daher bei der Detailausgestaltung von Prozessen und Regelungen des Bürgerhaushaltes einbezogen werden. Einige Fragen, die bei der Detailerarbeitung dieser Umsetzungsvariante für die Bezirksausschüsse relevant sein werden, wurden in der Diskussion am 02.03.2015 bereits angerissen:

- Wie ist das Verhältnis bzw. die Abgrenzung zwischen dem bisherigen Bezirksausschussbudget und dem Bürgerhaushaltsbudget?
- Wie kann eine klare Zuordnung von Bedarfen zum stadtweiten Haushaltsbudget gegenüber der Zuordnung zum Bürgerhaushaltsbudget erreicht werden, wenn sich beide Bereiche überschneiden?
- Wie können Höchstbelastungszeiten für die Bezirksausschüsse und die Verwaltung (z.B. das Baureferat) vermieden werden?

Die Stadtkämmerei sicherte zu, dass die Stadtverwaltung bei einem grundsätzlichen Votum des Stadtrates für den stadtbezirksbezogenen Bürgerhaushalt die Bezirksausschüsse bei der konkreten Ausgestaltung entsprechend einbeziehen wird.

5. Entscheidungsvorschlag zum weiteren Vorgehen

Die Stadtkämmerei schlägt dem Stadtrat vor, sich **für die Variante eines stadtbezirksbezogenen Bürgerhaushalts zu entscheiden**. Dieser sollte aus Sicht der Stadtkämmerei in allen 25 Stadtbezirken eingeführt werden. Eine nur teilweise oder schrittweise Einführung zunächst in einem oder wenigen Stadtbezirken erscheint nicht sinnvoll.

Eine Beschränkung der Vorschläge auf konkrete Themen oder konkrete Produkte wird nicht vorgenommen (siehe 3.5). Entsprechend des räumlichen Bezugs „Stadtbezirk“ sind die Vorschläge jedoch auf Themen beschränkt, die den jeweiligen Stadtbezirk betreffen.

Stimmt der Stadtrat der grundsätzlichen Festlegung auf die stadtbezirksbezogene Umsetzung des Bürgerhaushalts zu, muss von der Stadtverwaltung in einem weiteren Schritt die konkrete Ausgestaltung der unter 2.1. skizzierten Variante erarbeitet werden. Dabei sollen die Bezirksausschüsse einbezogen werden. Bis Ende 2015 soll der Stadtrat mit einem konkreten Umsetzungskonzept inkl. der benötigten Ressourcen befasst werden.

Aus Sicht der Stadtkämmerei sollte **auf die Umsetzung einer stadtweiten Variante des Bürgerhaushalts zunächst verzichtet werden**. Erst soll die stadtbezirksbezogene Variante erprobt werden.

Sollte sich der Stadtrat entgegen dem Vorschlag der Stadtkämmerei für die Umsetzung der stadtweiten Variante oder der Kombinationsvariante entscheiden, empfiehlt die Stadtkämmerei, für die stadtweiten Themen eine **Themenfokussierung** vorzunehmen (siehe Kapitel 3.5), um den Aufwand pro Jahr auf eine angemessenes Maß zu beschränken und gleichzeitig den wichtigsten Themen eine angemessene Fokussierung der öffentlichen Aufmerksamkeit zu ermöglichen.

6. Status der Abarbeitung der Stadtratsanträge

- Antrag „**Bürgerhaushalt für München**“ vom 16.10.2008 (ÖDP)
(Nr. 08-14 / A 00328)
- Antrag „**Mehr Münchner wieder für die Kommunalpolitik interessieren! Kommunalpolitik wieder attraktiver machen!**“ vom 10.09.2008 (Stadtratsfraktion DIE GRÜNEN/RL)
(Nr. 08-14 / 00270; Punkt 4b) Einführung einer moderaten Form des Bürgerhaushalts)

Die vorgenannten Stadtratsanträge bleiben durch den Vorschlag einer Erarbeitung eines Umsetzungskonzeptes weiterhin aufgegriffen.

(1) Antrag „Kriterien für den Münchner Bürgerhaushalt“ (Antrag Nr. 08-14 / A 05170) der Stadtratsfraktion DIE GRÜNEN/RL vom 25.02.2014:

Bei der Konzipierung des Münchner Bürgerhaushaltes sollen u.a. folgende Kriterien in die Überlegungen mit einbezogen werden:

- *Es sollte eine Kombination von Online-Verfahren, stadtteil- und zielgruppenbezogenen Veranstaltungen sowie einer repräsentativen Umfrage gewählt werden, um zu vermeiden dass sich nur bestimmte Gruppen, die etwa besonders Internet-affin sind, beteiligen.*
- *Es sollte eine Kombination von bürgernahen wohnortnahen Beteiligungsformen (wie Quartiersbudgets) und einer stadtweiten Partizipation gewählt werden, damit sowohl ortsspezifische Anliegen wie solche, welche ganz München betreffen, thematisiert werden können - und auch gewährleistet ist, dass nicht nur die Interessen von Stadtteilen mit einem besonders hohen Anteil gebildeter und artikulationsfähiger Schichten sich durchsetzen.*
- *Es sollte eine Begleitung dieses Prozesses geben durch geschulte Kräfte der Stadtverwaltung sowie etwa einer unabhängigen Agentur aus der Bürgerschaft sowie und Multiplikatorinnen und Multiplikatoren z.B. aus in Beteiligungsverfahren oft unterrepräsentierten Stadtteilen und Bevölkerungsgruppen - mit dem Ziel, eine hohe Beteiligung quer durch die Stadt und ihre vielfältige Bevölkerung zu erreichen.*
- *Es sollten (mit dem gleichen Ziel einer umfassenden, nicht diskriminierenden Beteiligung) aufsuchende Veranstaltungsverfahren etwas für Migrantinnen und Migranten, Jugendliche sowie Seniorinnen und Senioren entwickelt werden, wobei auch bestehende Vernetzungen und Veranstaltungsformate (wie z.B. Bürgerversammlungen) genutzt werden können.*
- *Es sollte ein Verfahren gewählt werden, dass direkte Bürgerbeteiligungsverfahren (nicht wie im Ingoistädter Modell nur erweiterte Bezirksausschussetats) mit hoher Transparenz im Vorfeld und klarer Rechenschaftslegung über den Umgang mit den Vorschlägen im Nachgang verbindet.*

Dem Antrag wird aus den dargestellten Gründen weitgehend nicht entsprochen.

(2) Antrag „Bürgerschaft und Expertenrat bei der Entwicklung des Münchner Bürgerhaushalts einbeziehen“ (Antrag Nr. 08-14 / A 05172) der Stadtratsfraktion DIE GRÜNEN/RL vom 25.02.2014:

*Die Stadtverwaltung wird gebeten, Vorschläge zu machen und umzusetzen, wie **bei der Entwicklung des Münchner Bürgerhaushalts Bürgerinnen und Bürger sowie der Rat von Expertinnen und Experten mit einbezogen** werden kann (etwa im Form einer Tagung oder von Workshops bzw. einer dauerhaften Begleitgruppe).*

Eine Einbeziehung von Bürgerinnen und Bürgern ist für die nächste Phase der Erstellung des detaillierten Konzeptes nicht vorgesehen. Eine Einbeziehung ist gegebenenfalls bei einer späteren Evaluierung der Bürgerhaushaltsprozesse möglich, so dass dieser Antrag aufgegriffen bleibt.

(3) Antrag „Quartiersbudgets in Stadtbezirken (oder Stadtbezirksteilen) als Pilotprojekt für den Münchner Bürgerhaushalt“ (Antrag Nr. 08-14 / A 05173) der Stadtratsfraktion DIE GRÜNEN/RL vom 25.02.2014:

Die Stadtverwaltung wird gebeten, die Einführung von Quartiersbudgets in einigen Stadtbezirken (oder Stadtbezirksteilen) mit besonderen sozialen Herausforderungen zu prüfen. Über die Verwendung der in diesem Rahmen zur Verfügung gestellten Mittel sollen die Bürgerinnen und Bürger vor Ort selber entscheiden. Die Erfahrungen mit solchen Quartiersbudgets fließen dann in das Konzept eines Münchner Bürgerhaushalts ein, zu dem laut Beschluss der Vollversammlung des Stadtrats vom 18.12.2013 ein Konzept entwickelt werden soll.

Der Vorschlag der Stadtkämmerei sieht vor, für alle Stadtbezirke ein stadtbezirksbezogenes Budget im Rahmen des Bürgerhaushaltes bereitzustellen. Die Vorschläge dazu können von den Bürgerinnen und Bürgern der Stadtbezirke gemacht werden. Die Entscheidung über die Verwendung des Budgets treffen die Bezirksausschüsse.

Das Direktorium und die Gleichstellungsstelle für Frauen haben einen Abdruck dieser Vorlage erhalten. Die Stellungnahme des Direktoriums ist der Beschlussvorlage beigelegt (siehe Anlage 1).

Der Korreferent der Stadtkämmerei, Herr Michael Kuffer, und der Verwaltungsbeirat der HA I, Herr Stadtrat Horst Lischka, haben einen Abdruck der Beschlussvorlage erhalten.

II. Antrag des Referenten

1. Der Stadtrat spricht sich grundsätzlich für die Einführung eines stadtbezirksbezogenen Bürgerhaushaltes aus.
2. Die Stadtkämmerei wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem für die Bezirksausschüsse zuständigen Direktorium einen konkreten Umsetzungsplan zu erarbeiten, welcher die notwendigen Prozesse, Medien und Ressourcen darstellt. Dabei sind die Bezirksausschüsse einzubeziehen.
3. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, dem Stadtrat bis Ende des Jahres 2015 einen Umsetzungsbeschluss zur Entscheidung vorzulegen.
4. Die Anträge der Stadtratsfraktion DIE GRÜNEN/RL vom 25.02.2014: 08-14 / A 05170 „Kriterien für den Münchner Bürgerhaushalt“, 08-14 / A 05172 „Bürgerschaft und Expertenrat bei der Entwicklung des Münchner Bürgerhaushalts einbeziehen“ sowie 08-14 / A 05173 „Quartiersbudgets in Stadtbezirken (oder Stadtbezirksteilen) als Pilotprojekt für den Münchner Bürgerhaushalt“ sowie die Anträge 08-14 / A 00328 „Bürgerhaushalt für München“ der ÖDP vom 16.10.2008 und der Antragspunkt 4b) Einführung einer moderaten Form des Bürgerhaushalts des Antrags Nr. 08-14 / A 00270 „Mehr Münchner wieder für die Kommunalpolitik interessieren! Kommunalpolitik wieder attraktiver machen!“ der Stadtratsfraktion DIE GRÜNEN/RL vom 10.09.2008 bleiben aufgegriffen.
5. Der Beschluss unterliegt der Beschlussvollzugskontrolle.

III. Beschluss

nach Antrag.

Über den Beratungsgegenstand wird durch die Vollversammlung des Stadtrates endgültig beschlossen.

Stadtrat der Landeshauptstadt München

Der / Die Vorsitzende

Der Referent

Ober/Bürgermeister/-in

Dr. Ernst Wolowicz
Stadtkämmerer

IV. Abdruck von I. mit III.

über den Stenografischen Sitzungsdienst
an das Direktorium - Dokumentationsstelle
an das Revisionsamt
an die Stadtkämmerei – I/2
z. K.

V. WV Stadtkämmerei

Stadtkämmerei

I. Die Übereinstimmung vorstehenden Abdrucks mit der beglaubigten Zweitschrift wird bestätigt.

II.

z. K.

Am

Im Auftrag

Datum: 11.03.2015
 Telefon: 0 233-92438
 Telefax: 0 233-25241
 Herr Kotulek
 robert.kotulek@muenchen.de

Direktorium
 Leiter des Direktoriums
 D-L

Bürgerhaushalt

I. An den Stadtkämmerer Herrn Dr. Wolowicz

Die vorliegende Beschlussvorlage wirft aus Sicht des Direktoriums noch diverse Fragen auf:

1. Erhöhter Verwaltungsaufwand

Die Vorschläge zur Umsetzung des Bürgerhaushalts sind mit einem zusätzlichen Arbeitsaufwand verbunden, der wahrscheinlich zusätzlichen Personalbedarf generieren wird. Nur ein Teil der Mehraufwände wird dabei auf Grund der vermutlich erhöhten Antragszahl entstehen. In erster Linie sind die nachfolgend aufgeführten, zusätzlichen Arbeitsschritte hierfür ausschlaggebend.

Der an verschiedener Stelle der Vorlage von der Kämmerei erwartete Synergieeffekt beim präferierten Modell kann vom Direktorium deshalb nicht gesehen werden.

Derzeit werden, bei einem Gesamtbudget von derzeit 855.900 Euro/Jahr die ca. 600 Anträge auf Zuwendungen aus dem Budget der BAs von 2 VZÄ innerhalb D-II-BA bearbeitet.

An zusätzlichem Aufwand fallen aus heutiger Sicht an:

- Bearbeitung und Verwaltung eingehender Anträge bzw. Vorschläge
- Veröffentlichung der Vorschläge
- Ansprechstelle für Bürgerinnen und Bürger bei Rückfragen bzw. für Zwischennachrichten
- Behandlung der Vorschläge in der Sitzung (Aufbereitung in der TO), Weiterleitung der vom BA priorisierten Varianten an das federführende Referat
- Behandlung der Rückmeldungen durch das Fachreferat und ggf. Nachforderung fehlender Entscheidungsunterlagen
- Aufwand im Referat: Aufbereitung des Vorschlags bzw. verschiedener Vorschläge (es ist davon auszugehen, dass die BAs stets mehrere Vorschläge aufbereitet haben möchten) , um eine (auch finanziell) belastbare Entscheidungsgrundlage für den Bezirksausschuss zu bekommen (mit der Gefahr, dass die Aufbereitung zum Ergebnis führt, dass sich der BA das Projekt nicht leisten kann/möchte) – nur grobe Informationen genügen aus Sicht von D-II-BA nicht, gerade wenn der BA sich zwischen mehreren Vorschlägen entscheiden soll/will. Erforderlich ist auch eine Aussage zu den Folgekosten von Investitionen, nachdem aus Sicht der Kämmerei sichergestellt werden soll, dass diese begrenzt bleiben
- öffentliche Diskussion: aus Sicht von D-II-BA sprengt eine Diskussion über die Vorschläge den Rahmen einer BA-Sitzung, aber auch den Rahmen einer Bürgerversammlung, abgesehen davon, dass die geplante Zeitschiene dann nicht zu halten ist; in Frage kommen damit nur Sondersitzungen, die aber vermutlich auch räumlich nicht in den normalen Versammlungslokalen abgehalten werden können, sondern eher den Rahmen einer Bürgerversammlung beanspruchen (mit personeller

Unterstützung, Raumkapazitäten, Kosten, Veröffentlichung des Termins etc.) - es werden damit voraussichtlich 25 zusätzliche Versammlungstermine innerhalb eines Monats (Juni) generiert, bei denen auch die Fachreferate für Stellungnahmen anwesend sein müssen

- Umgang mit den von den Bürgern in den Informationsveranstaltungen geäußerten Bedenken (schriftlich?, Bearbeitung durch das Fachreferat?, Berücksichtigung im weiteren Verfahren?)
- Entscheidung des BA in erneuter Sondersitzung?
- Absageschreiben für die nicht geförderten Maßnahmen
- Abrechnung der Maßnahmen
- Marketing zur Streuung des Angebotes
- Aufwand für die Öffentlichkeitsarbeit (Nachsteuern, falls geringes Interesse, Hinweisen auf die jeweiligen Prozessphasen, Erstellung von 25 Publikationen zur Information über den Bürgerhaushalt in jedem Stadtbezirk)

2. Abgrenzung zum Budget der Bezirksausschüsse

Die Abgrenzung zum bestehenden Budget der Bezirksausschüsse ist (vor allem vermutlich für die Antragsteller) unklar. Bereits jetzt können die Bezirksausschüsse konsumtive und investive Maßnahmen aus ihrem bestehenden Budget (Gesamtsumme 2015: 855.900 Euro, bestehend aus einem Sockelbetrag von 10.200 Euro pro BA und 41 Cent/Einwohner) fördern.

Für das derzeitige Budget der Bezirksausschüsse gelten umfangreiche Förderrichtlinien, die der Stadtrat beschlossen hat. Gelten diese Richtlinien auch für den Bürgerhaushalt oder sind eigene Richtlinien zu entwickeln?

Bei Anträgen auf Zuwendungen aus dem Budget der Bezirksausschüsse wird eine genaue Beschreibung und eine Kostenkalkulation gefordert, um den Bezirksausschüsse eine ausreichende Entscheidungsgrundlage zu verschaffen. Die Zielsetzung, beim Bürgerhaushalt geringe Hürden aufzustellen, versetzt den Bezirksausschuss u.U. nicht in die Lage, eine Priorisierung vorzunehmen. Ein Mindeststandard für die Vorschläge erscheint daher notwendig.

3. IT-Unterstützung

Ob zur Bewältigung der zusätzlichen Aufgaben eine IT-Unterstützung notwendig wird konnte in der Kürze der Zeit nicht nachhaltig geprüft werden. Dies gilt es noch zu prüfen.

4. Konkretisierungsphase bis Ende 2015

Die Kämmerei plant, den Stadtrat Ende 2015 mit einem konkretisierten Vorschlag erneut zu befassen. Um diese Arbeiten von Seiten des Direktoriums in angemessener Weise zu unterstützen ist die Zuarbeit aus drei Bereichen erforderlich.

- Leitung der BA-Abteilung (besetzt mit 2 Personen)
- Budget für Bezirksausschüsse (besetzt mit 2 Personen)
- BA-Geschäftsstellen (derzeit 3 von 25 Stellen nicht besetzt, die bisherigen Bemühungen zur Nachbesetzung blieben bislang erfolglos)

In den BA-Geschäftsstellen ist der Dienstbetrieb für die 25 BA's derzeit wegen Personalfuktuation und einer Langzeiterkrankung nur mit Mühe aufrecht zu erhalten. Im Juni 2015 stehen weitere BA-Satzungsänderungen an, welche nochmals Ressourcen binden werden. Derzeit steht zudem eine Überarbeitung des Konzeptes für die Bürgerversammlungen an. Ein Konzept zur technischen Ausstattung der BA's ist in Arbeit und ebenso tritt das RIS-Ertüchtigungsprojekt in die 2. Phase, welche das BA-RIS im Fokus hat und ebenfalls Ressourcen aus allen BA-Geschäftsstellen binden wird.

Das vorhandene Personal ist bereits mit umfänglichen, zusätzlichen Arbeiten belastet. Eine temporäre Zuschaltung von Personal kann hier keine Abhilfe schaffen, da es sich wie immer um wenige Wissensträger handelt, welche für diese Arbeiten benötigt werden.

Zusammenfassung

Auch wenn, wie von der Kämmerei dargestellt, die hier aufgeworfenen Fragen in der geplanten Konkretisierungsphase einer Klärung zugeführt werden sollen, so ist aus Sicht des Direktoriums bereits schon jetzt mit einem zusätzlichen Personalmehraufwand zu rechnen. Von der Kämmerei erwartete Synergieeffekte werden aus unserer Sicht nicht eintreten.

Da noch nicht bekannt ist, wie der so geplante Bürgerhaushalt von der Bevölkerung angenommen wird und ob dies zu einem massiven Anstieg von Anträgen führen wird, können nur grobe Schätzungen angestellt werden.

Nach unserer derzeitigen Schätzung ist im worst case mit folgendem zusätzlichen Personalbedarf zu rechnen:

Angesichts der vorgeschlagenen Fördersumme von ca. 3 Mio. Euro (2 Euro pro Einwohner) kann dies derzeit nur an Hand einer überschlägigen Hochrechnung erfolgen, die die Personalausstattung beim Budget der Bezirksausschüsse zur Basis hat. Davon ausgehend errechnet sich im worst case ein Personalbedarf von bis zu 7 VZÄ zur Antragsbearbeitung und -abwicklung. Daneben ist, um den aufgezeigten Mehraufwand leisten zu können, von einer höheren Belastung für die BA-Geschäftsstellen auszugehen (bis zu 0,5 VZÄ pro BA-Geschäftsstelle bei fünf BAGs).

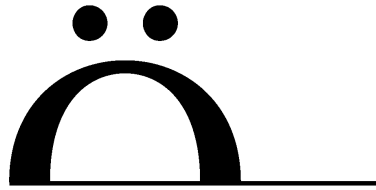
Davon losgelöst entsteht in den Referaten ein, aus unserer Sicht derzeit nicht bezifferbarer Aufwand für die Erstellung der Entscheidungsgrundlagen und die spätere Umsetzung, der außerdem innerhalb einer sehr engen Zeitspanne geleistet werden soll.

Eine angemessene Unterstützung der Kämmerei in der geplanten Konkretisierungsphase war bislang in der Arbeitsplanung des Direktoriums im Bereich BA nicht vorgesehen. Das Direktorium wird sich dennoch bemühen, die Kämmerei im Rahmen der vorhandenen Ressourcen zu unterstützen.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Robert Kotulek



Politik, die aufgeht. ödp.

ödp. Mechthild v. Walter, M.A., Klugstraße 38, 80638 München

Herrn Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

16. Oktober

2008

Antrag

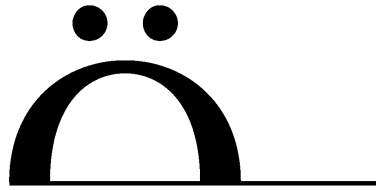
Bürgerhaushalt für München

München prüft die Einführung eines Bürgerhaushalts, der auch partizipativer Haushalt oder Beteiligungshaushalt genannt wird, bei dem die Bürgerinnen und Bürger über Teile des Haushalts mitbestimmen. In Porto Alegre (Brasilien), 1.440.939 Einwohner (2005), wurde der Beteiligungs- haushalt seit 1989 erstmals mit breiter Bürgerbeteiligung durchgeführt. Inzwischen wurde die Idee in vielen Teilen der Welt übernommen (www.wikipedia.org – Bürgerhaushalt).

Das Forschungsprojekt „Europäische Bürgerhaushalte“ definiert den Bürgerhaushalt wie folgt:

„Im Bürgerhaushalt nehmen Bürger ohne politisches Mandat an der Erstellung und/oder Umsetzung öffentlicher Finanzen teil. Fünf weitere Kriterien müssen in Europa zu dieser Definition hinzugefügt werden, um den Bürgerhaushalt von anderen Beteiligungsverfahren zu unterscheiden:

1. Im Zentrum des Verfahrens stehen finanzielle Aspekte, genauer gesagt die Diskussion um begrenzte Ressourcen.
2. Die Beteiligung findet auf der Ebene der Gesamtstadt oder einem Bezirk mit eigenen politisch- administrativen Kompetenzen statt (die Quartiersebene allein reicht nicht).
3. Es handelt sich um einen in der Dauer angelegten Prozess (eine Veranstaltung, oder ein Referendum über Finanzfragen sind kein Bürgerhaushalt).
4. Die Beratung/Entscheidung der Bürger beruht auf einem Diskussionsprozess (Deliberation) im Rahmen besonderer Treffen/Foren (die Öffnung bestehender Verfahren der repräsentativen Demokratie gegenüber „normalen“ Bürgern ist kein Bürgerhaushalt).



Politik, die aufgeht. ödp.

5. Die Organisatoren müssen über die Ergebnisse der Diskussion Rechenschaft ablegen.“

In Deutschland gibt es bereits 10, in Europa 55 Bürgerhaushalte, die diesen Kriterien entsprechen.

- 2 -

Seite 2 des Antrages vom 16. Oktober 2008

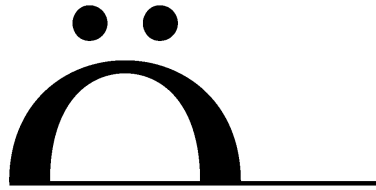
Begründung:

Die Unzufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger mit der überwiegend repräsentativen Demokratie nimmt seit vielen Jahren zu. Bewegungen wie „Mehr Demokratie“ bemühen sich seit langer Zeit darum, durch die Einführung von Bürgerentscheiden und Volksentscheiden das im Grundgesetz festgelegte Recht auf direktdemokratische Entscheidungen durchzusetzen (Grundgesetz Artikel 20 (2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.). In Südamerika ist die partizipative Demokratie als Weiterentwicklung der repräsentativen Demokratie entstanden.

Auch hierzulande haben die Bürgerinnen und Bürger zu wenig Mitwirkungsmöglichkeiten. Das führt – neben anderen Missständen - zu einem Anwachsen der Politikverdrossenheit, was an der immer geringer werdenden Wahlbeteiligung abzulesen ist. Das gefährdet unsere Demokratie.

Die jüngsten Entwicklungen im Finanzbereich werden das Vertrauen in die Weisheit der professionellen Eliten weiter schwinden lassen und die Motivation, sich selber um das Gemeinwohl zu kümmern, steigern. Der Bürgerhaushalt gibt den Menschen auf lokaler Ebene dazu die Möglichkeit. Sie bestimmen, wofür investiert wird, wie das Gemeinwesen organisiert und finanziert wird. Die Erfahrungen in Porto Alegre sind positiv. Die Verteilung der Einnahmen wurde gerechter und die Lebensqualität verbesserte sich. Angesichts der zu erwartenden Rezession – ob durch die Finanzkrise oder die bevorstehenden Engpässe in der Versorgung mit Rohstoffen und Nahrung ausgelöst – ist es wichtig, den Betroffenen mehr Mitwirkungsmöglichkeiten einzuräumen.

Mechthild v. Walter



*Politik, die aufgeht. **ödp.***

Stadträtin

**Ökologisch- Demokratische Partei
im Münchner Rathaus**
Mechthild v. Walter, M.A., Stadträtin
Klugstraße 38, D- 80638 München
Telefon 089- 15 39 87, Fax 15 12 63
[mechthild.von- walter@muenchen.de](mailto:mechthild.von-walter@muenchen.de)
[www.oedp- muenchen.de](http://www.oedp-muenchen.de)

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude



rosa liste münchen

München, den 10.09. 2008

ANTRAG

Mehr Münchner wieder für die Kommunalpolitik interessieren! Kommunalpolitik wieder attraktiver machen!

Die Stadtverwaltung und der Oberbürgermeister initiieren gemeinsam mit den Stadtratsfraktionen einen mehrjährigen Prozess mit dem Ziel, dass sich wieder mehr Menschen in die Kommunalpolitik einmischen und die außergewöhnlich geringe Wahlbeteiligung, wie sie zuletzt bei der Kommunalwahl 2008 zu verzeichnen war, dauerhaft wieder zu erhöhen.

Um dies zu erreichen sollen mindestens folgende Überlegungen geprüft werden:

1. Die Stadtverwaltung analysiert (so genau dies mit einem vertretbaren Aufwand möglich ist) die Gründe für die Wahlmüdigkeit bei der Kommunalwahl 2008 und legt diese Ergebnisse dem Stadtrat vor
2. Im Rahmen der für 2009 ohnehin vorgesehenen Bürgerbefragung wird versucht, den Gründen für die hohe Wahlenthaltung nachzugehen
3. In einem Expertengespräch werden Gründe für die – bundesweit sichtbare – Wahlmüdigkeit der Bevölkerung analysiert und Überlegungen angestellt, wie diesem Trend zur Wahlenthaltung in München begegnet werden kann.
4. Es werden Gegenstrategien ausgearbeitet, die derzeit mindestens folgende Fragestellungen einbeziehen sollen:
 - a. Kann durch eine verstärkte Form der Bürgerbeteiligung in bestimmten Quartieren oder Bereichen eine stärkere Bindung an die Kommunalpolitik erreicht werden?
 - b. Könnte durch die Einführung einer moderaten Form des Bürgerhaushaltes- wie z.B. der von den Vereinten Nationen prämierte „Bürgerhaushalt Köln“ - zu einem stärkeren Engagement und letztlich zu einer höheren Wahlbeteiligung führen?
 - c. Erscheint es sinnvoll eine Art Petitionsausschuss/Petitionsstelle für die MünchnerInnen einzuführen?
 - d. Wie kann durch mehr Information in den Schulen die Bedeutung der Kommunalpolitik deutlicher gemacht werden?

e. Wie kann durch mehr Informationen darüber, wofür eine Kommune zuständig ist und wie Kommunalpolitik funktioniert eine höhere Identifizierung der MünchnerInnen mit der Kommunalpolitik erreicht werden?

5. Bei allen Überlegungen ist die Migrationsbevölkerung in München ausdrücklich mit einzubeziehen.

Begründung:

Bei der Kommunalwahl 2008 gingen in München nur noch 47% der WählerInnen zur Urne. Sie folgten damit einem bundesweiten Trend, nach dem die Zahl der BürgerInnen, die zur Wahl gehen, stetig abnimmt.

Der Rückgang der Wahlbeteiligung führt auf Dauer zu einem Legitimationsproblem der Regierenden – was alle im Rathaus vertretenen Parteien betrifft. Er führt auch dazu, dass immer weniger Menschen Kommunalpolitik wirklich aktiv mitgestalten.

Die Gründe für die Wahlenthaltung sind sicherlich vielfältig und können sehr subjektiv sein. Dennoch kann eine Stadt mit 1,3 Millionen Einwohnern dieser Entwicklung nicht tatenlos zusehen. Es bedarf einer genauen Analyse und Diskussion der Gründe für die geringe Wahlbeteiligung – um anschließend Gegenstrategien zu entwickeln.

Eine mögliche Gegenstrategie könnte sein, die Aufgaben einer Kommune deutlicher zu machen – andererseits aber auch den Bürgerinnen und Bürgern mehr Beteiligung und Einfluss einzuräumen. In einem mehrjährigen Prozess sollen Möglichkeiten für mehr Bürgerbeteiligung ausgelotet und umgesetzt werden.

Ziel ist es, das Interesse an der Kommunalpolitik wieder zu stärken.

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – rosa Liste
Initiative: Siegfried Benker



Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

München, den

25.02.2014

Kriterien für den Münchner Bürgerhaushalt

Antrag

Bei der Konzipierung des Münchner Bürgerhaushalts sollen u.a. folgende Kriterien in die Überlegungen mit einbezogen werden:

Es sollte eine Kombination von Online-Verfahren, stadtteil- und zielgruppenbezogenen Veranstaltungen sowie einer repräsentativen Umfrage gewählt werden, um zu vermeiden, dass sich nur bestimmte Gruppen, die etwa besonders Internet-affin sind, beteiligen.

Es sollte eine Kombination von bürgernahen wohnortnahen Beteiligungsformen (wie Quartiersbudgets) und einer stadtweiten Partizipation gewählt werden, damit sowohl ortsspezifische Anliegen wie solche, welche ganz München betreffen, thematisiert werden können – und auch gewährleistet ist, dass nicht nur die Interessen von Stadtteilen mit einem besonders hohem Anteil gebildeter und artikulationsfähiger Schichten sich durchsetzen.

Es sollte eine Begleitung dieses Prozesses geben durch geschulte Kräfte der Stadtverwaltung sowie etwa einer unabhängigen Agentur aus der Bürgerschaft sowie Multiplikatorinnen bzw. Multiplikatoren z.B: aus in Beteiligungsverfahren oft unterrepräsentierten Stadtteilen und Bevölkerungsgruppen – mit dem Ziel ,eine hohe Beteiligung quer durch die Stadt und ihre vielfältige Bevölkerung zu erreichen.

Es sollten (mit dem gleichen Ziel einer umfassenden, nicht diskriminierenden Beteiligung) aufsuchende Veranstaltungsverfahren etwa für Migrantinnen und Migranten, Jugendliche sowie Seniorinnen und Senioren entwickelt werden, wobei auch bestehende Vernetzungen und Veranstaltungsformate (wie z.B. Bürgerversammlungen) genutzt werden können.

Es sollte ein Verfahren gewählt werden, dass direkte Bürgerbeteiligung (nicht wie im Ingolstädter Modell nur erweiterte Bezirksausschussetats) mit hoher Transparenz im Vorfeld und klarer Rechenschaftslegung über den Umgang mit den Vorschlägen im Nachgang verbindet.

Begründung:

Unter Bürgerhaushalt (oder Beteiligungshaushalt) versteht man die Einbeziehung der Bevölkerung bei Fragen der Verwendung öffentlicher Gelder (durch die Einreichung von Vorschlägen und die Abstimmung über diese). Ausgehend von Modellen in Brasilien (Porto Alegre, Recife) werden solche Verfahren in gut 100 Kommunen durchgeführt. Der Münchner Stadtrat hat mit Beschluss der Vollversammlung vom 18.12.2013 beschlossen, dass die Stadtverwaltung verschiedene Varianten prüfen und dem Stadtrat bis Ende 2014 einen Verfahrensvorschlag zur Entscheidung vorlegen soll .

Wie der Vortrag eines renommierten Experten im Bereich der Bürgerbeteiligung, Prof. Roland Roth, im Rahmen einer Veranstaltung der Evangelischen Stadtakademie München zeigte, besteht die Gefahr, dass bei der Wahl eines reinen Online-Verfahrens oder einer Bürgerbeteiligung wie in Ingolstadt (eine Art erweitertes Budget der Bezirksausschüsse) eine breite und annähernd repräsentative Partizipation der Bürgerinnen und Bürger nicht zustande kommt bzw., um in Prof. Roths Worten zu sprechen, das Münchner Modell des Bürgerhaushalts „in der Kreisklasse und nicht in der Champions League“ der inzwischen gut 100 Kommunen mit Bürgerhaushalten in Deutschland spielen wird. Deshalb sollten als Elemente von Best Practise Beispielen die genannten Kriterien bei der Konzepterstellung für den Münchner Bürgerhaushalt mit einbezogen werden. Vorbild könnte das sehr umfassende Konzept in Berlin-Lichtenberg oder der Stuttgarter Bürgerhaushalt sein, bei dem durch verschiedene Maßnahmen (die in die hier genannten Kriterien einfließen) die Beteiligungsquote von 1,5 % der Bevölkerung im Jahre 2011 auf 4,6 % im Jahre 2013 gesteigert werden konnte.

Fraktion Die Grünen-rosa liste
Initiative:

Dr. Florian Roth

Jutta Koller

Anja Berger

Gülseren Demirel

Paul Bickelbacher

Mitglieder des Stadtrates



Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

München, den

25.02.2014

Bürgerschaft und Expertenrat bei der Entwicklung des Münchner Bürgerhaushalts einbeziehen.

Antrag

Die Stadtverwaltung wird gebeten, Vorschläge zu machen und umzusetzen, wie bei der Entwicklung des Münchner Bürgerhaushalts Bürgerinnen und Bürger sowie der Rat von Expertinnen und Experten mit einbezogen werden kann (etwa in Form einer Tagung oder von Workshops bzw. einer dauerhaften Begleitgruppe)

Begründung:

Unter Bürgerhaushalt (oder Beteiligungshaushalt) versteht man die Einbeziehung der Bevölkerung bei Fragen der Verwendung öffentlicher Gelder (durch die Einreichung von Vorschlägen und die Abstimmung über diese). Ausgehend von Modellen in Brasilien (Porto Alegre, Recife) (siehe www.buergerhaushalt.org) werden solche Verfahren in gut 100 Kommunen durchgeführt. Der Münchner Stadtrat hat mit Beschluss der Vollversammlung vom 18.12.2013 beschlossen, dass die Stadtverwaltung verschiedene Varianten prüfen und dem Stadtrat bis Ende 2014 einen Verfahrensvorschlag zur Entscheidung vorlegen soll (<http://www.ris-muenchen.de/RII2/RII/DOK/SITZUNGSVORLAGE/3179425.pdf>).

Wenn man die Bürgerschaft beteiligen will, ist es sinnvoll sie selbst bei der Entwicklung der Beteiligungsformen mit einzubeziehen.

Außerdem könnte es hilfreich sein, etwa in Form eines Workshops oder einer Tagung auch Rat aus Wissenschaft, von Stiftungen und von Praktikerinnen und Praktikern aus Kommunen mit einem erfolgreichen Bürgerhaushalt einzuholen. Eine mögliche Form könnte auch ein Bürgergutachten sein (das gerade bei der Entwicklung des Kunstareals erstellt wurde).

Als mögliches Vorbild kann man sich auch die AK Stuttgarter Bürgerhaushalt (mit Unterstützung der dortigen Volkshochschule) genauer ansehen (<http://www.stuttgart.de/item/show/305802/1/dept/152639> bzw. http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbcr/SID-E1541FCB-BAB06D36/bst/xcms_bst_dms_36897_2.pdf).

Fraktion Die Grünen-rosa liste
Initiative:

Dr. Florian Roth
Jutta Koller

Gülseren Demirel
Paul Bickelbacher

Anja Berger

Mitglieder des Stadtrates



Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

München, den

25.02.2014

Quartiersbudgets in Stadtbezirken (oder Stadtbezirksteilen) als Pilotprojekt für den Münchner Bürgerhaushalt

Antrag

Die Stadtverwaltung wird gebeten, die Einführung von Quartiersbudgets in einigen Stadtbezirken (oder Stadtbezirksteilen) mit besonderen sozialen Herausforderungen zu prüfen. Über die Verwendung der in diesem Rahmen zur Verfügung gestellten Mittel sollen die Bürgerinnen und Bürger vor Ort selber entscheiden. Die Erfahrungen mit solchen Quartiersbudgets fließen dann in das Konzept eines Münchner Bürgerhaushalts ein, zu dem laut Beschluss der Vollversammlung des Stadtrats vom 18.12.2013 ein Konzept entwickelt werden soll.

Begründung:

Unter Bürgerhaushalt (oder Beteiligungshaushalt) versteht man die Einbeziehung der Bevölkerung bei Fragen der Verwendung öffentlicher Gelder (durch die Einreichung von Vorschlägen und die Abstimmung über diese). Ausgehend von Modellen in Brasilien (Porto Alegre, Recife) (siehe www.buergerhaushalt.org) werden solche Verfahren in gut 100 Kommunen durchgeführt. Der Münchner Stadtrat hat mit Beschluss der Vollversammlung vom 18.12.2013 beschlossen, dass die Stadtverwaltung verschiedene Varianten prüfen und dem Stadtrat bis Ende 2014 einen Verfahrensvorschlag zur Entscheidung vorlegen soll (<http://www.ris-muenchen.de/RII2/RII/DOK/SITZUNGSVORLAGE/3179425.pdf>).

Es könnte sinnvoll sein, einen solchen Beteiligungshaushalt im Kleinen in Pilotprojekten vor Ort im unmittelbaren Lebensumfeld der Bevölkerung auszuprobieren. Dabei wären Quartiersbudgets gerade in Stadtteilen mit besonderen sozialen Herausforderungen eine mögliche Form.

Fraktion Die Grünen-rosa liste
Initiative:

Dr. Florian Roth

Gülseren Demirel

Jutta Koller
Anja Berger

Paul Bickelbacher
Herbert Danner

Mitglieder des Stadtrates